

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## LANDWIRTSCHAFTLICHE BERATUNGSSYSTEME IN TADSCHIKISTAN DAS STERBEN DER SAIGA-ANTILOPEN WAHLKAMPF IN KIRGISTAN

<p>■ <b>ANALYSE</b> Landwirtschaftliche Beratungssysteme und Ernährungssicherheit in Tadschikistan Von Erik Engel und Cristina Simonetti-Techert, Berlin</p>	2	<p>■ <b>TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT</b> Bestandsentwicklung der Saigapopulationen in Zentralasien</p>	14
<p>■ <b>TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT</b> Mangel- und Unterernährung in Tadschikistan Transferzahlungen aus dem Ausland BIP und Einkommensarmut in Tadschikistan Einkommenszusammensetzung im ländlichen Tadschikistan Weizenerträge im Vergleich</p>	7 8 8 9 9	<p>■ <b>NOTIZEN AUS BISCHKEK</b> Wahlkampf in Kirgistan: Auf der Suche nach dem richtigen Partner Von Alexander Wolters, Bischkek</p>	15
<p>■ <b>ANALYSE</b> Kein Aufatmen bei den Schutzbemühungen für die Saiga-Antilope: Massensterben in der kasachischen Steppe Von Eva Klebelsberg, Stuttgart, und Steffen Zuther, Astana</p>	10	<p>■ <b>CHRONIK</b> 20. Juni – 17. Juli 2015 Kasachstan Kirgistan Tadschikistan Turkmenistan Usbekistan</p>	17 17 19 21 22 23



Forschungsstelle Osteuropa  
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

**MANGOLD**  
Consulting

**VDW**  
Verband der Deutschen  
Wirtschaft in der  
Republik Kasachstan

**giz** Deutsche Gesellschaft  
für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

## Landwirtschaftliche Beratungssysteme und Ernährungssicherheit in Tadschikistan

Von Erik Engel und Cristina Simonetti-Techert, Berlin

### Zusammenfassung

Tadschikistan hat das erste Millenniumsentwicklungsziel (MDG 1 = Halbierung der Anzahl mangel- und unterernährter Menschen bis 2015) weit verfehlt. Eine Verbesserung der Ernährungssicherung bedarf u. a. auch einer Förderung der Landwirtschaft – aufgrund der geographischen Gegebenheiten muss diese Unterstützung in Tadschikistan auch in Gebirgsregionen stattfinden, denn dort werden große Teile der lokalen und nationalen Grundnahrungsmittel eingebracht. Landwirtschaftliche Beratungssysteme bieten die Möglichkeit, über Wissenstransfer die Bodenproduktivität zu erhöhen und Klein- und Mittelbauern weitere unterstützende Dienstleistungen anzubieten. Staatliche Beratungsdienste in Tadschikistan funktionieren allerdings u. a. aufgrund der Haushaltsdefizite des Landwirtschaftsministeriums nicht, gebergeförderte Beratungssysteme stellen mit Ende der Förderungen ihre Dienste häufig ein. Kommerzielle Beratung, wie sie seit 2011 in den Baumwollanbaugebieten des Landes aufgebaut wird, scheint daher ein erfolgversprechender Ansatz, um qualitativ hochwertige, kundenorientierte Dienstleistungen gegen angemessene Bezahlung anzubieten. Erhebungen in Rascht und Muminabad 2014 deuten darauf hin, dass Bauern auch in Bergregionen mit schwierigeren Produktions- und Absatzbedingungen bereit und in der Lage wären, für solche Dienstleistungen und begleitende Angebote und Produktionsmittel zu zahlen. Kommerzielle Beratungsdienste sollten also verstärkt ein Element der Agrarförderung in Tadschikistan werden.

Die Sicherstellung der Grundversorgung der tadschikischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln stellt für die Betroffenen, für die tadschikische Politik und für internationale Akteure eine Herausforderung dar. Seit der Unabhängigkeit und dem nachfolgenden Bürgerkrieg ist die Ernährungssicherheit der Bevölkerung gefährdet. Zwar gehen die Zahlen für Mangel- und Fehlernährung seit Ende des Bürgerkrieges, der bis 1997 andauerte, zurück – auch dank gezielter Interventionen internationaler Organisationen. Dennoch waren nach der globalen Krise um steigende Weizenpreise, die 2008 ihren Höhepunkt erreichte, viele der ärmsten Haushalte gezwungen, weniger zu essen oder weniger nahrhaftes Essen zu konsumieren. Nach Erhebungen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) von 2011, reagierten 50 % der Haushalte mit vermindertem Konsum von Grundnahrungsmitteln auf die entstandene Preisinflation sowie mit verringerten Ausgaben für eine regelgerechte Gesundheitsversorgung.

Die Erfahrungen des Zusammenbruchs und die Reorganisation der Wirtschaftsbeziehungen sowie die Abhängigkeit von Weltmarktpreisen – gerade für Weizen – haben gelehrt, dass eine Strategie zur Ernährungssicherung nicht nur auf einem Ausbau des Handels beruhen kann, sondern einer soliden lokalen Eigenproduktion bedarf. Diese setzt geeignete und fördernde Rahmenbedingungen, zu denen effiziente landwirtschaftliche Beratungsdienste gehören, voraus.

### Landwirtschaft und agrarische Produktion in Tadschikistan

Die Unabhängigkeit Tadschikistans und nachfolgende Reformen führten zu einer Veränderung der landwirt-

schaftlichen Strukturen. Es entstanden eine Vielzahl von privaten, meist kleinparzelligen, z.T. aber auch kollektiven, kommerziellen bäuerlichen Betrieben, sog. Dechkan-Farmen, mit begrenztem Zugang zu Produktionsmitteln und vor allem Zugang zu Wasser.

Nur ca. 6–7 % des Landes sind ackerbaulich nutzbar, was die Möglichkeiten des Landes zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln einschränkt. Lediglich um Chudschand im Norden und Chatlon im Süden findet man ebene, großflächig bewässerbare Böden, die zum Großteil mit Baumwolle bepflanzt werden. Der Rest der Anbaufläche befindet sich entlang enger Flusstäler, die die verschiedenen Gebirgszüge zerschneiden. Bis dato muss Tadschikistan über 50 % des konsumierten Weizens sowie andere Nahrungsmittel importieren. Trotz der begrenzten urbanen Flächen arbeiten nach offiziellen Zahlen ca. 66 % der erwerbsfähigen Bevölkerung im Agrarsektor. Die Landwirtschaft trägt mit ca. 20 % wesentlich zu Tadschikistans BIP und zur Volkswirtschaft bei, die zudem weiterhin von internationalen Hilfgeldern und Finanztransfers von (meist männlichen und oft saisonalen) Migrant\*innen abhängig ist. Diese Finanztransfers wiederum sind prekär, da sie einer offenen Einwanderungspolitik und liberaler Arbeitsrechte in den Zielstaaten bedürfen, v. a. Russlands und Kasachstans. Je nach innenpolitischer und wirtschaftlicher Lage in diesen Ländern kann es, wie seit 2014 mit der Krise und Abwertung des Rubels in Russland, zu massenhaften Ausweisungen und Rückführungen kommen, und somit zu ernsthaften Kapitalausfällen im Land: Nach Zahlen der Weltbank gingen die Transferzahlungen nach Tadschikistan im Jahre 2014 um 40 % zurück, bei einem Anteil von fast 50 % am BIP 2013!

Besonders relevant für die Trends in der Agrarproduktion sind die Bodenreformen, die mit verschiedenen Dekreten seit 1992 – und verstärkt seit 2006 – durchgeführt werden und die staatliches Land auf die Bevölkerung verteilen. Ein Beispiel ist die Agrarreform von 2007, die den Sektor von Anbauquoten befreite und nun eine freie Wahl der Anbauprodukte und Anbauflächen vorsieht (»freedom to farm«). Nach der Neuverteilung der Böden werden jetzt nach Schätzungen ca. 60 % der landwirtschaftlichen Fläche von Dechkan-Farmern bewirtschaftet, 25 % der Böden sind sogenanntes »Präsidialland«, d. h. gehören dem Präsidenten, jeweils ca. 5–7 % werden von landwirtschaftlichen Unternehmen und privaten Gemüsegärten genutzt. Die Reformen sind bei den dezentralen Regierungsstrukturen allerdings unterschiedlich umgesetzt worden, wie Interviews mit Dechkan-Farmern und landwirtschaftlichen Beratern belegen, die 2014 von einem deutsch-tadschikischen Team unter Federführung des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE) im Auftrag der GIZ durchgeführt wurden: Während in einigen Bezirken Landwirte bezeugten, dass sie in der Wahl ihrer Anbauprodukte völlig frei sind, erzählten andere hinter vorgehaltener Hand, dass bei Nichteinhaltung bestimmter Flächenquoten, zum Beispiel für Kartoffeln, Enteignung vom Land als schlimmste Konsequenz folgen könne. Die Rechte bezüglich der bearbeiteten Böden sind nicht völlig geklärt oder den Besitzern allgemein nicht bekannt. So kannten nur wenige der Befragten ihre Rechte hinsichtlich der Bodennutzung, auch innerhalb der Ministerien scheinen unterschiedliche Interpretationen der Bodenreform zu koexistieren. Interventionen von lokalen politischen Entscheidungsträgern, wie Druck auf Farmer und dadurch Einschränkungen ihrer Entscheidungsgewalt, tragen so zu unsicheren und intransparenten rechtlichen Rahmenbedingungen und damit einem ungünstigen Investitionsklima bei – beides steht einer Intensivierung von landwirtschaftlicher Produktion im Wege.

Aus den für landwirtschaftliche Produktion geeigneten Flächenzahlen wird deutlich, dass Anbauflächen in den Tälern und Bergflanken eine wichtige Komponente der tadschikischen Wirtschaft darstellen und einen bedeutenden Beitrag zur Ernährungssicherung sowie zum sicheren Einkommen der Bevölkerung leisten. Diese Berglandwirtschaft ist geprägt von einer Mischung aus Viehhaltung und Ackerbau auf kleinen, meist von individuellen Haushalten oder Großfamilien bearbeiteten Flächen. Ein Teil des Viehs (Kühe und Schafe/Ziegen) wird saisonal auf Hochweiden getrieben, wobei die Viehhaltung nicht in erster Linie der Milch- oder Fleischproduktion gilt, sondern als Kapitalanlage fungiert. Die Mehrheit der bergbäuerlichen Haushalte

baut auf ihren größeren Flächen Weizen und Kartoffeln sowie Obstbäume an und unterhält einen intensiven Gemüseanbau für den Eigenbedarf. Überschüssige Produktion wird verkauft, jedoch liegt ihr Anteil selbst bei Dechkan-Farmern, also kommerziellen Landwirten, bei unter 50 % der Ernte, der Rest wird für den eigenen Haushalt, als Saatgut für das kommende Jahr oder zur Stärkung sozialer Netzwerke zurückgehalten.

Eine Diversifizierung der Einkommensquellen durch Mischung von Ackerbau und Viehhaltung, die oben erwähnte Arbeitsmigration, durch Handel und Gewerbe oder durch (temporäre) Lohnarbeit sind Strategien, mit denen Haushalte auf die begrenzt ausschöpfbaren Potentiale der Landwirtschaft reagieren. Infolgedessen verliert Landwirtschaft an ökonomischer Bedeutung gegenüber anderen, lukrativeren Tätigkeiten – was auch zu einer Veränderung der ländlichen Gemeinschaften führen kann, da gegenseitige Hilfe und Unterstützung, wie sie zu Urbarmachung, für Aussaat und Ernte und auch die Instandhaltung von Bewässerungskanälen vonnöten ist, an Bedeutung verlieren. Damit könnte mittelfristig die Ernährungssicherheit des Landes zusätzlich beeinträchtigt werden, z. B. wenn kein qualifizierter Nachwuchs die Felder übernimmt, Infrastruktur weiter verfällt und die Eigenproduktion weiter abnimmt. So würde die Abhängigkeit vom Ausland und von externen Preisentwicklungen weiter wachsen – was, wie oben gezeigt, in der Vergangenheit zu Preisexplosionen und Kapitalausfällen geführt hat. Die Suche nach alternativen Standbeinen der tadschikischen Wirtschaft sollte daher nicht den Agrarsektor für die Einkommens- und Ernährungssicherung der Bevölkerung vernachlässigen.

Die Erträge der tadschikischen Landwirtschaft liegen unter dem Durchschnitt vergleichbarer Staaten. Nicht nur in dem sehr abgelegenen und von kleinsten Ackerflächen geprägten Hochgebirgsgebiet Berg-Badachschan, sondern auch in niedriger gelegenen Tälern des Landes ist die Situation durch das Fehlen erschwinglicher und qualitativ hochwertiger Produktionsmittel gekennzeichnet, durch nicht existierende lokale oder regionale Verarbeitungsindustrie, von weitgehend unzureichender unternehmerischer Erfahrung der Klein- und Mittelbauern sowie teilweise durch schlechte Marktanbindung oder schwierige Marktkonditionen. Die niedrigen Erträge bei wachsenden Bevölkerungszahlen verleiten gleichzeitig dazu, immer neue, oft kaum dafür geeignete Flächen als Acker- oder Weideland zu nutzen – und erhöhen damit z. B. die Risiken von Bodenerosion, Verlust der Bodenfruchtbarkeit und Hangrutschungen.

Produktivitätssteigerung, effizientere Nutzung von Ackerflächen und Wasser sowie die Vermeidung von Verlusten bei Anbau, Produktion, Ernte, Lagerung

und Verkauf müssten also Kernelemente einer Strategie zur Stärkung des Agrarsektors sein. Ein nachhaltiger Umgang mit Naturressourcen würde gleichzeitig das Katastrophenrisiko eindämmen, dem das Land aufgrund seines Reliefs und des extremen Klimas ausgesetzt ist. Die Frage ist, welche konkreten unterstützenden Maßnahmen angebracht sind, um solche Prozesse zu ermöglichen.

### Landwirtschaftliche Beratungsdienste in Tadschikistan

Landwirtschaftliche Beratungsdienste sind weltweit ein Instrument, um zur Diversifizierung und Erhöhung der Erträge und somit potentiell zu Einkommenssteigerungen der in der Landwirtschaft Beschäftigten und verbesserter Nahrungsmittelproduktion beizutragen. Die Ansätze zur Finanzierung solcher Beratungsdienste reichen von staatlicher Subventionierung, in der die verantwortliche staatliche Autorität auf allen Ebenen solche Dienste und möglicherweise auch Produktionsmittel zur Verfügung stellt, bis hin zu unabhängigen, unternehmerisch arbeitenden Beratern, die selbst für die Vermarktung ihres »Produktes« verantwortlich sind und ihr Einkommen direkt von ihren Kunden beziehen.

Im staatlichen Produktionssystem der Sowjetunion hatten spezialisierte Agronomen sowie Forschungseinrichtungen einen hohen Stellenwert – Agronomen fungierten als staatlich bezahlte Berater und bestimmten in jeder Kolchose und Sowchose den geeigneten Zeitrahmen sowie Typ und Art des Anbaus. Mit der Unabhängigkeit brach dieses System staatlicher Beratungsdienste zusammen; heute gibt es zwar auf Bezirks- und Gemeindeebene noch staatliche Berater, doch sind sie meist mit wenig Ressourcen ausgestattet und fungieren eher als Datensammler über Erträge denn als praktische Berater bei eventuellen Produktionsproblemen. Nach Aussagen von Agronomen, die heute für NGOs oder als private Berater arbeiten, sind die staatlichen Bezirksagronomen unterbezahlt, weshalb sich entweder keine mit ausreichenden Qualifikationen fänden oder sie parallel einer anderen Hauptbeschäftigung nachgingen, also bei Bedarf nicht ansprechbar seien. Da das Budget des Landwirtschaftsministeriums nicht ausreicht, um in absehbarer Zeit funktionale Beratungsstrukturen und andere unterstützende Dienste anzubieten, müssen andere Ansätze als staatliche Beratungssysteme und andere Akteure als staatlich bezahlte Berater den Bedarf nach neuem Wissen decken.

Internationale Organisationen unterstützen unterschiedliche Ansätze und sprechen damit unterschiedliche Zielgruppen an: so wird z. B. versucht über subventionierte Beratungs- und Produktionsmittelpakete, die Ärmsten der bäuerlichen Haushalte zu Produzenten für

den lokalen Markt zu machen und parallel dazu kleinräumliche Wertschöpfungsketten über die (geplante) Förderung von privaten Kühlhäusern und weiter verarbeitenden Unternehmen zu stärken. Solche extern finanzierten Dienste enden allerdings meist mit dem Auslaufen der Förderung – ihre Stärke liegt in der Starthilfefunktion für weitgehend mittellose Haushalte und in der Vermittlung von landwirtschaftlichem Grundwissen für unerfahrene Landwirte. Sie zielen auf Produktionssteigerung, nicht auf nachhaltige Beratungsdienste, die langfristig ein begleitendes Angebot für unterschiedliche, spezialisierte Aufgaben anbieten könnten. Dechkan-Farmer kritisierten in Interviews, dass so angebotene Trainings meist Gruppenberatungen seien, die generelle Themen besprechen, aber keine Antwort auf konkrete Gefährdungen der Ernte geben könnten. Die GIZ verfolgt stattdessen seit 2011 im Rahmen eines Programmes zur Förderung des Privatsektors – mit Finanzierung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und des britischen Department for International Development (DfID) – einen Ansatz, der rein privatwirtschaftlich funktionieren soll: Bauern bezahlen selbstständig tätige Berater für ihre Beratungsdienste. In den Bauwollanbauregionen des Landes hat sich dieses System bewährt. Eine Übertragung in Bergregionen mit schwierigeren Produktions- und Vermarktungsbedingungen erwies sich allerdings als schwierig.

### Voraussetzungen für ein funktionierendes privates Beratungsangebot

Angesichts der Ressourcenknappheit des tadschikischen Landwirtschaftsministeriums und der zunehmenden Gebermüdigkeit scheint es angebracht, nachhaltige, sich selbst tragende Beratungssysteme für alle Anbauregionen aufzubauen oder zu fördern. Dafür müssen allerdings verschiedene Rahmenbedingungen gegeben sein, die den Erfolg solcher Systeme gewährleisten. So muss eine ausreichende Zahl von Dechkan-Farmern zahlungswillig und -fähig sein, was wiederum einer Gewinnsteigerung durch verbesserte Erträge sowie angemessener Vermarktungsmechanismen bedarf. Für höhere Erträge wird neben besserem landwirtschaftlichem Wissen auch Zugang zu Produktionsmitteln, zu landwirtschaftlichen Krediten mit erschwinglichen Konditionen idealerweise einer weiterverarbeitenden Industrie, die Abnahmegarantien zusichert, benötigt.

Untersuchungen, die 2014 im Rascht-Tal und Muminabad durchgeführt wurden, deuten darauf hin, dass als Dechkan-Farmer registrierte Landwirte mehrheitlich an solchen Beratungsdiensten interessiert und dafür zu zahlen bereit sind. Die Nachfrage, besonders nach konkreten Leistungen wie Obstbaumschnitt oder Boden-



analysen, ist groß. Auch sehen die Befragten die Notwendigkeit, Dünger oder Pflanzenschutzmittel gezielter anzuwenden, um die Effektivität des Einsatzes solcher Zusatzstoffe zu steigern. Ihre Zahlungsbereitschaft liegt dabei knapp unter dem Betrag, der nötig wäre, um landwirtschaftliche Berater vollständig von ihren Beratungstätigkeiten leben zu lassen. Voraussetzung für die Zahlungsbereitschaft ist allerdings, dass die Dienstleistungen oder Anweisungen der Berater sich tatsächlich in höheren Erträgen niederschlagen.

Nach Schätzungen von Agronomen könnten mit besseren landwirtschaftlichen Praktiken und mit dem Einsatz von besserem Saatgut die Erträge für Kartoffeln leicht um bis zu 25 % gesteigert werden. Ähnliches könnte auch für Weizen gelten; angepasste Maisorten könnten nach Expertenmeinung ebenfalls gute Erträge bringen. Wichtig für solche Ertragssteigerungen ist allerdings ein weiterer Ausbau des Netzes landwirtschaftlicher Geschäfte, die neben zertifiziertem Saatgut und Dünger auch angepasste Landmaschinen verkaufen oder über Maschinenringe vermieten.

Ansätze solcher Unternehmen sind schon vorhanden, so ist z. B. Sughd Agro Service, einst von Gebern gefördert und mittlerweile in mehreren Gebieten Tadschikistans vertreten. Doch mangelt es vielen Dechkan-Farmern an guten Erfahrungen mit zertifiziertem Saatgut, und das Vertrauen in zertifizierte, also teure Produkte ist begrenzt. Zudem beeinflussen viele weitere Unsicherheitsfaktoren Investitionsentscheidungen: Bewässerungskanäle und -pumpen zum Beispiel sind häufig defekt oder zu wenig leistungsfähig, um der zunehmenden Nachfrage der vielen Kleinbauern zu entsprechen; landwirtschaftliche Kredite sind trotz des mehrjährigen Programmes internationaler Geber (TAFF) und der zunehmenden Präsenz von (Mikrofinanz)-Banken nicht breitenwirksam für Bauern attraktiv. Klimaszenarien für Tadschikistan sagen mittelfristig Ertragssteigerungen für Kartoffeln voraus. Wetterunwägbarkeiten werden aber mit dem Klimawandel laut Szenarien des IPCC auch in Zentralasien zunehmen und Versicherungen gegen Ernteausfälle gibt es bislang nicht. Weiterverarbeitende Unternehmen sind selten und die Beziehungen zu den Produzenten sind oft geprägt von Misstrauen und schlechten Erfahrungen. Dechkan-Farmer behaupten zum Beispiel, die Unternehmen wollten unter Marktwert kaufen, die Unternehmer klagen dagegen, dass sie keine verlässlichen Produzenten finden.

Externe Berater können einige dieser schwierigen Rahmenbedingungen verändern, wie sie es in den Baumwollregionen teilweise bewiesen haben. Dafür müssen sie allerdings ihre Expertise von rein landwirtschaftlichen Fragestellungen auf neue Themengebiete ausweiten: z. B. sollten sie Bauern helfen können, Busi-

ness-Pläne aufzustellen, um ihre Entscheidungen und Investitionen auf solidere Beine zu stellen. Mit Hilfe dieser Business-Pläne könnten auch Kreditanträge gestellt werden, was theoretisch das Risiko der Finanzinstitutionen überschaubarer machen und zu Zinssenkungen führen sollte. Denkbar wäre auch die Übernahme einer Vermittlerfunktion zwischen verarbeitenden Unternehmen und ihren Kunden, die zur Sicherstellung von Qualität und Standards der Produktion und damit zu einem besseren Verhältnis zwischen Produzenten und Unternehmern beitragen würde. Ein weiteres Geschäftsfeld könnte das Bereitstellen von zertifiziertem Saatgut und der Aufbau von Maschinenringen sein, die Investitionskosten für Landmaschinen aufteilen und über mehrjährige kostenpflichtige Nutzung amortisieren könnte.

### Fazit und Ausblick

Zentral für den erfolgreichen Aufbau eines funktionierenden privaten Beratungssystems und dadurch das Erreichen von Ertragssteigerungen und erhöhter Ernährungssicherung, ist die Qualität der angebotenen Beratung und der angebotenen Dienstleistungen. Neben einer guten Ausbildung, die in der Sowjetunion gegeben war, scheinen Fortbildungen z. B. im Bereich moderner Methoden zu Anbautechniken, Ressourcenschutz und/oder Kommunikationstechniken und dem Fokus auf »Landwirtschaft als Business«, sinnvoll. Unterstützende Maßnahmen (z. B. überarbeitete Curricula für die Ausbildung von Agronomen) können von der Gebergemeinschaft in Kooperation mit dem Staat und nationalen Forschungsinstitutionen geleistet werden.

Allerdings zeigen die lückenhafte Umsetzung der Agrarreformen und das fehlende Wissen um die neuen Rechte der Dechkan-Farmer, dass es auf den verschiedenen Entscheidungsebenen an politischem Willen zu Reformen mangelt. Die Herausforderungen sind also vielschichtig. Die 2014 von Vertretern des Staatsapparates geäußerte Hoffnung, dass das europäische Embargo das Interesse Russlands an tadschikischen Agrarprodukten positiv beeinflussen würde, wird sich wohl als nicht dauerhaft erweisen. Staatliche Agrarförderung, wie z. B. Investitionen in große, zentrale Kühllhäuser, ist nicht an den Bedürfnissen kleiner Dechkan-Farmer ausgerichtet; Expert/innen sehen teilweise überdimensionierte »weiße Elefanten« entstehen. Die Reformen im Wassersektor, die Wassernutzer-Gruppen auf lokaler Ebene das Management der Bewässerung übergeben, haben nach Aussagen von Betroffenen in den Umfragegebieten (noch) nicht zur Bereitstellung von ausreichenden Wassermengen für die Intensivierung des Landbaus geführt. Kreative, flexible und v.a. parallele, gegenseitig nicht konkurrierende Maßnahmen müssen entwickelt und diskutiert werden. So werden Maßnahmen benö-

tigt, die zu Einkommenssteigerungen der ärmsten Haushalte führen. Aber auch der Unterstützung von Deckkan-Farmern sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, um über Produktionssteigerungen Preise für Grundnahrungsmittel zu stabilisieren und eine Basis für den Aufbau von Wertschöpfungsketten für Agrarprodukte zu etablieren.

Die Erkenntnisse der in Tadschikistan durchgeführten Studie legen nahe, dass private Beratungsdienste ein Potential aufweisen, durch Stärkung kommerzieller Bauern einen relevanten Beitrag zu Ertragssteige-

rung und damit auch zu Ernährungssicherung im Land zu leisten. Ihre Potentiale sollten daher weiter ausgelotet werden – internationale und staatliche Akteure sollten dabei auf institutionelle Unterstützung für Berater (z. B. den Aufbau von Dachverbänden, Zertifizierung), auf die Qualität der Beratung (z. B. durch Vermittlung von Weiterbildungen) und Starthilfen zum Aufbau eines Netzwerkes von Geschäften mit zertifizierten Produktionsmitteln konzentrieren. Dies würden Hilfsersätze sein, die nach wenigen Jahren heruntergefahren werden könnten.

#### *Über die Autoren:*

Erik Engel ist freier Gutachter und hat vornehmlich im Bereich Ernährungssicherung, integrierte ländliche Entwicklung sowie zu Effekten von Kleinkrediten gearbeitet. In Tadschikistan lebte er von 2003 – 2005, zuletzt forschte er dort 2014 im Auftrag der GIZ für das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin. Cristina Simonetti-Techert war 2014 an der SLE-Studie in Tadschikistan beteiligt. Die Regionalwissenschaftlerin mit Schwerpunkt China sowie Energie- und Klimapolitik arbeitet seit 2015 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Umweltbundesamt im Bereich Internationaler Klimaschutz.

Die detaillierten Ergebnisse sind in der SLE-Studie »How much would you pay? Adapting fee-based agricultural advisory services to mountainous regions in Tajikistan« erschienen = <http://edoc.hu-berlin.de/series/sle/262/PDF/262.pdf>

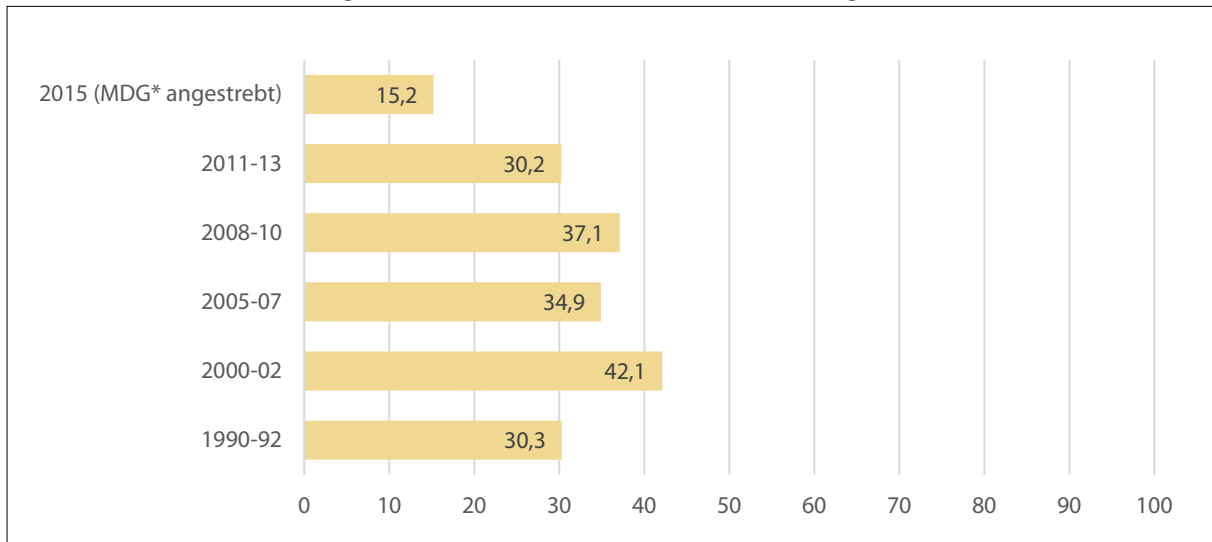
#### *Lesetipps:*

- Kamiljon T. Akramov, Ganga Shreedhar, Economic Development, External Shocks, and Food Security in Tajikistan, IFPRI Discussion Paper 01163, March 2012, = <http://ebrary.ifpri.org/cdm/ref/collection/p15738coll2/id/126810>
- FAO, IFAD and WFP, The State of Food Insecurity in the World 2013. The multiple dimensions of food security. Rome 2013 = <http://www.fao.org/docrep/018/i3434e/i3434e00.htm>
- Anastasiya Shtaltovna, Knowledge Gaps and Rural Development in Tajikistan: Agricultural Advisory Services as a Panacea? In: The Journal of Agricultural Education and Extension, 2015/1, S. 1–17; = <http://dx.doi.org/10.1080/1389224X.2014.997257>
- Remittances growth to slow sharply in 2015, as Europe and Russia stay weak; pick up expected next year, World Bank Press release, April 13, 2015 = <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2015/04/13/remittances-growth-to-slow-sharply-in-2015-as-europe-and-russia-stay-weak-pick-up-expected-next-year>

*Die Analysen und Meinungen in diesem Artikel spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung und offizielle Politik der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH wider.*

## Mangel- und Unterernährung in Tadschikistan

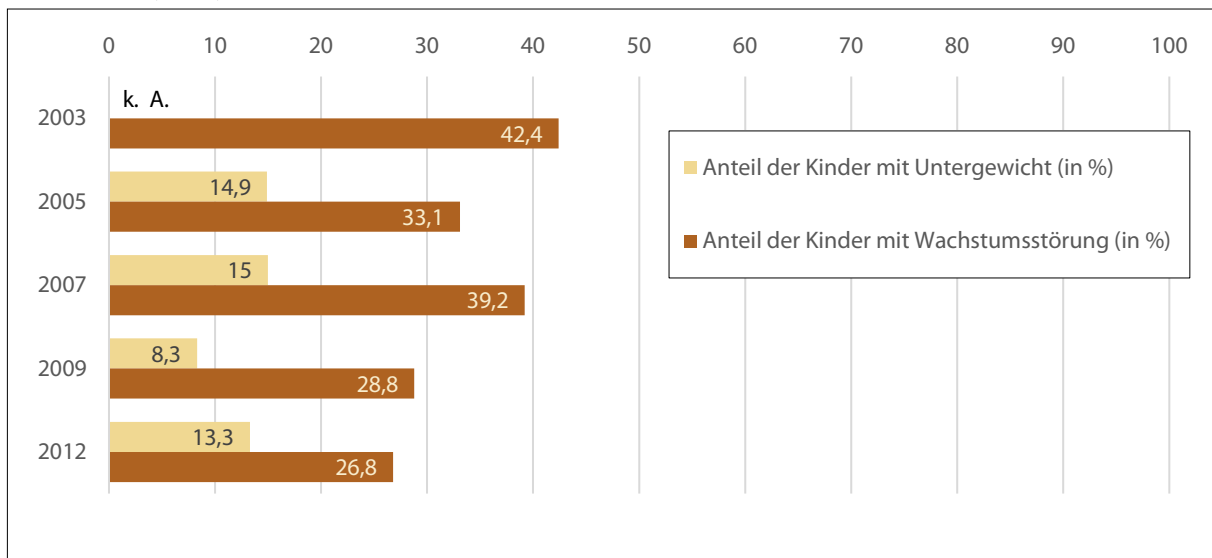
**Grafik 1: Unterernährung in Tadschikistan (in % der Bevölkerung)**



\*MDG = Millennium Development goal = Millenniumsentwicklungsziel

Quelle: FAO

**Grafik 2: Anteil der Kinder in Tadschikistan mit Untergewicht und mit Wachstumsstörungen (in %)**



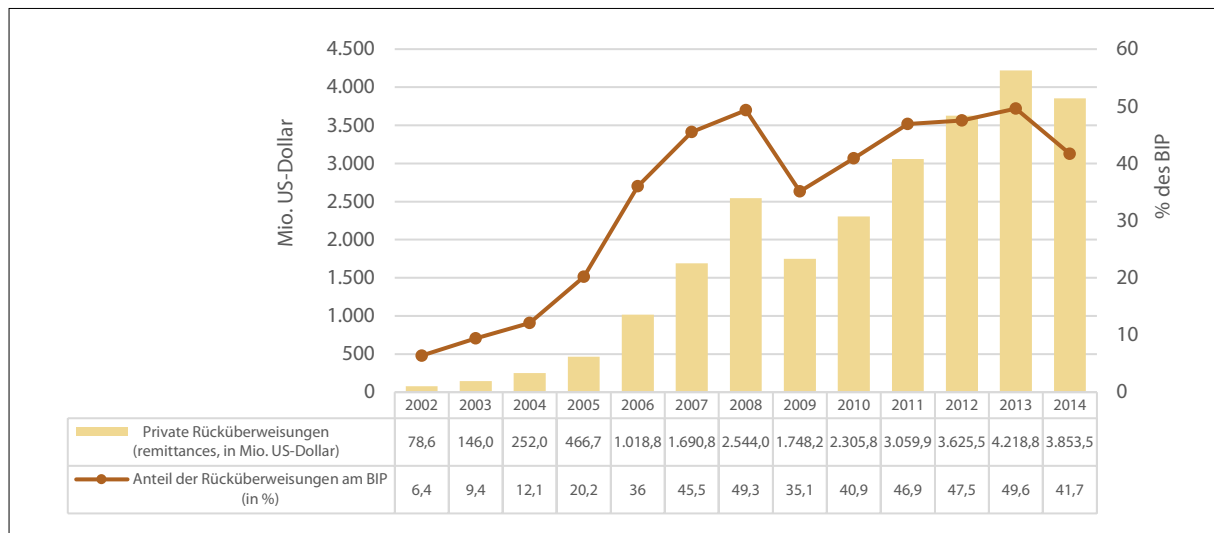
Erklärung zum ersten Indikator: Anteil der Kinder unter fünf Jahren, deren Gewicht mehr als zwei Standardgrößen unterhalb des Medianwerts bei der internationalen Referenzgruppe von 0–59 Monaten Lebensalter liegt.

Erklärung zum zweiten Indikator: Anteil der Kinder unter fünf Jahren, deren Körpergröße mehr als zwei Standardgrößen unterhalb des Medianwerts der internationalen Referenzgruppe von 0–59 Monaten Lebensalter liegt. Für Kinder bis zu zwei Jahren Lebensalter wird die Größe im Liegen gemessen, für ältere im Stehen.

Quelle: WHO

## Transferzahlungen aus dem Ausland

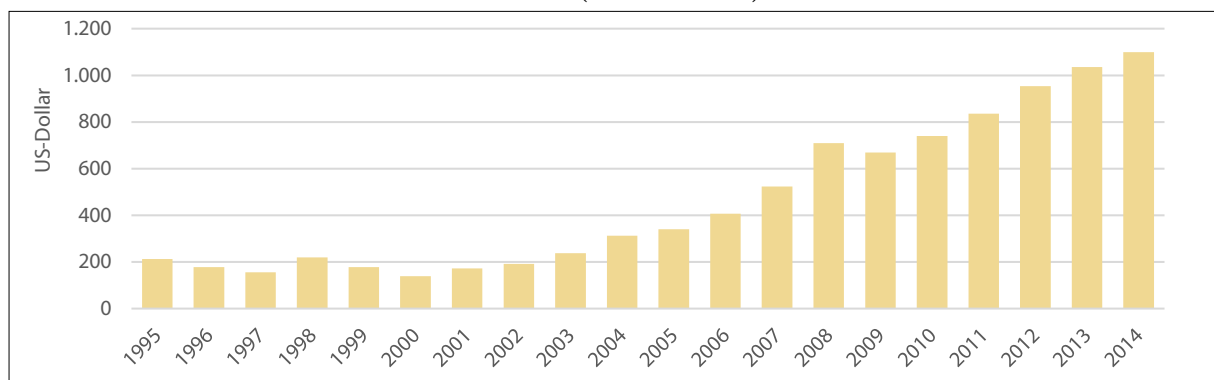
**Grafik 1: Private Rücküberweisungen nach Tadschikistan 2002–2014 (in Mio. US-Dollar und als Anteil am BIP)**



Quelle: Weltbank; <<http://api.worldbank.org/v2/en/country/tjk?downloadformat=excel>>

## BIP und Einkommensarmut in Tadschikistan

**Grafik 1: BIP in Tadschikistan 1995–2014 (in US-Dollar)**



**Tabelle 1: BIP und Einkommensarmut in Tadschikistan 1995–2014 (in US-Dollar und %)**

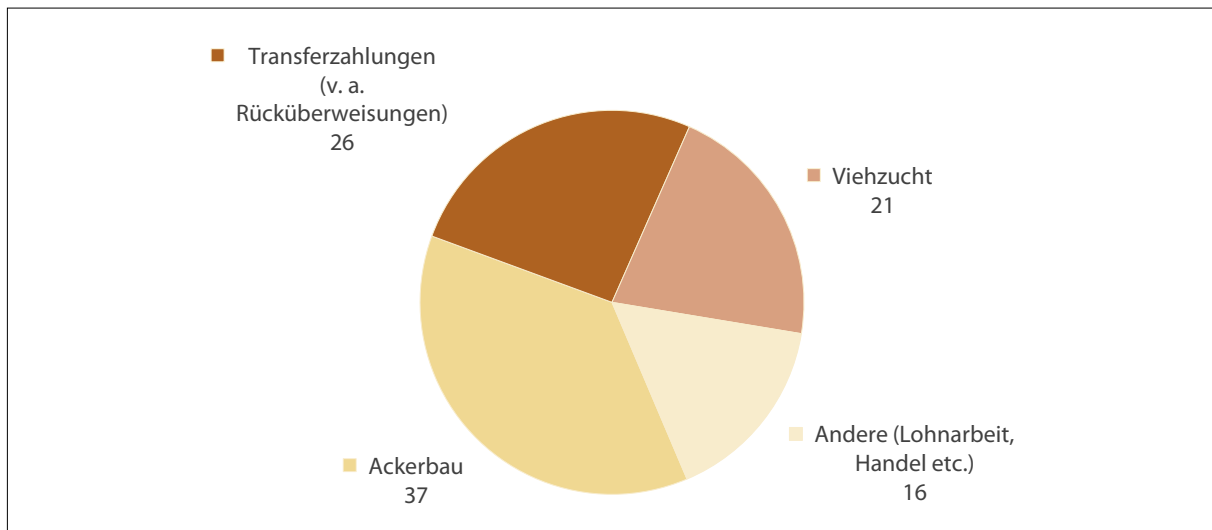
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
BIP pro Kopf (in US-Dollar)	213	178	155	220	178	139	172	191	238	312	340	407	523	709	669	740	835	953	1.036	1.099
Anteil der Bevölkerung mit Einkommen unter 1,25 US-Dollar pro Kopf und Tag	-	-	-	-	50,1	-	-	-	35,4	20,7	-	-	12,2	-	6,5	-	-	-	-	-

Quelle: Weltbank; <<http://api.worldbank.org/v2/en/country/tjk?downloadformat=excel>>



## Einkommenszusammensetzung im ländlichen Tadschikistan

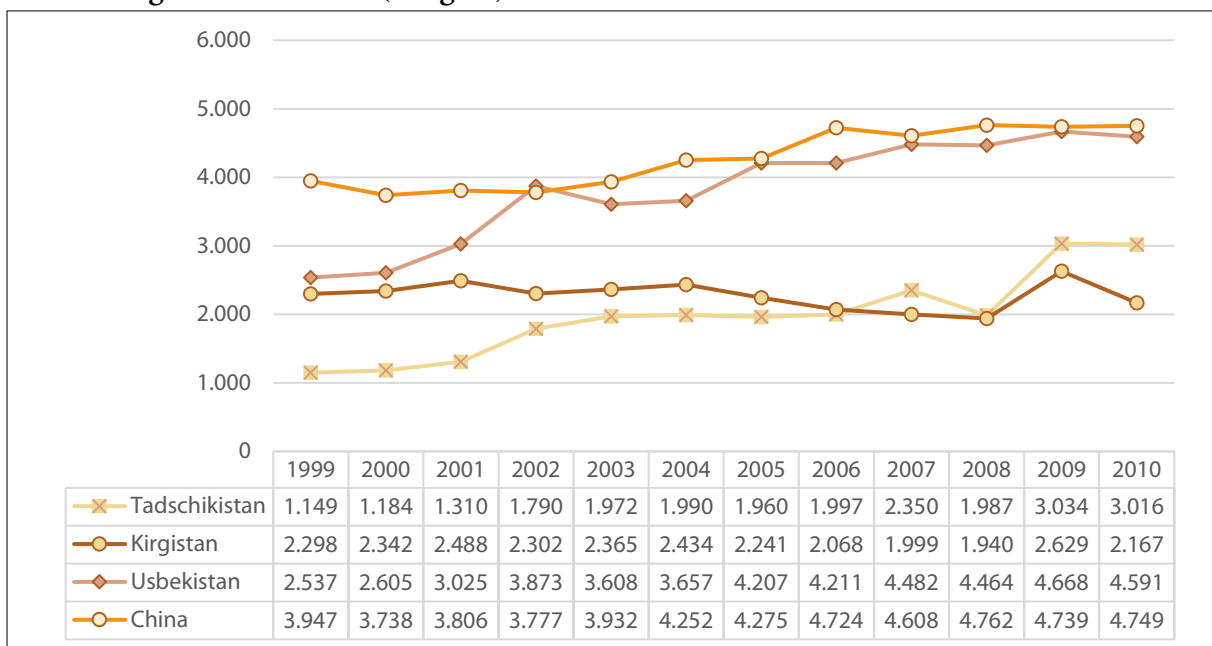
Grafik 1: Zusammensetzung des Haushaltseinkommens bei Dechkan-Farmern im Rascht-Tal und in Muminabad, Tadschikistan (nach Einkommensarten, in %)



Quelle: Eigene Erhebungen der Autoren

## Weizenerträge im Vergleich

Grafik 1: Entwicklung der Weizenerträge in Tadschikistan und den Nachbarländern im Vergleich 1999–2010 (in kg/ha)



Quelle: FAO und eigene Erhebungen der Autoren

## Kein Aufatmen bei den Schutzbemühungen für die Saiga-Antilope: Massensterben in der kasachischen Steppe

Von Eva Klebelsberg, Stuttgart, und Steffen Zuther, Astana

### Zusammenfassung

Die Saiga-Antilope (*Saiga tatarica*) bevölkerte einst in riesigen Herden den gesamten eurasischen Steppengürtel von den Karpaten bis in die Mongolei. Heute liegt ihr Hauptverbreitungsgebiet in Kasachstan. Die Art ist ausgezeichnet angepasst an die Herausforderungen dieses Ökosystems und zugleich auch wichtig für seine Erhaltung. Die Saiga-Bestände waren in den letzten zwanzig Jahren seit Ende der Sowjetunion jedoch drastisch eingebrochen. Wilderei vor allem für das Horn der männlichen Tiere, das in der chinesischen Medizin geschätzt wird, aber auch für Fleisch, hatte zu einem starken Rückgang der Bestandszahlen geführt. Intensive Naturschutzmaßnahmen durch internationale und lokale Naturschutzorganisationen und die kasachstanische Regierung lieferten zwar in jüngster Vergangenheit wieder Grund zu Optimismus, was den Erhalt dieser für die Steppengebiete so wichtigen Art angeht. In den vergangenen Jahren aber stellen rätselhafte Massensterben Naturschützer und Forscher vor neue Herausforderungen: Allein im Frühjahr 2015 starben innerhalb weniger Tage nach vorläufigen Angaben 150.000 Tiere.

Vor nur 30 Jahren war die Saiga-Antilope noch die häufigste der großen Säugetierarten der zentralasiatischen Steppengebiete. Insgesamt etwa 1,2 Mio. dieser nur etwa 70 cm hohen und bis zu 40 kg schweren Tiere durchzogen die Steppen und Halbwüsten Zentralasiens von Karakalpakstan im heutigen Usbekistan und dem nördlichen Turkmenistan bis nach Nordkasachstan und Kalmykien, sowohl westlich als auch östlich des Urals, bis in die Mongolei. Als über weite Strecken wandernde Huftierart, die in Herden von 30–40 Individuen zusammenlebt, die im Frühjahr und Herbst aber Wanderherden von mehreren Tausend Tieren bilden kann, ist die Saiga von immenser Bedeutung für die natürlichen Prozesse in diesem immer noch wenig verstandenen Ökosystem.

Hervorragend angepasst an die klimatischen Herausforderungen der gemäßigten Steppen, die hohen Temperaturunterschiede im Tages- und Jahresverlauf – heiße Trockenheit im Sommer und Schneestürme im Winter – wandern Saigas über weite Strecken zwischen Winter- und Sommerweiden. Die Weibchen sammeln sich im Mai zu Tausenden in Kalbungsgebieten, um in wenigen Tagen nahezu gleichzeitig ihre Kälber zur Welt zu bringen. Saigas können sich vergleichsweise schnell vermehren, da die Weibchen bereits mit einem Jahr selbst Kälber bekommen und Zwillinggeburten bei älteren Tieren die Regel sind. Auf dem Weg von Sommerweiden zu Überwinterungsgebieten legen die Saigas bis zu 100 km am Tag zurück. Zwischen diesen Gebieten liegen bis zu 800 km. Sie verbreiten dabei Pflanzensamen, bringen mit ihrem Dung Nährstoffe in die Erdoberfläche ein und halten die Vegetation kurz und fragmentiert, was wichtig für die vielen bodenbrütenden Vogelarten der Steppe ist. Andererseits dienen die Saigas Beutegrei-

fern und Aasfressern wie dem Wolf und verschiedenen, heute seltenen Geierarten als Nahrung.

Die Saiga kam bereits in der Eiszeit vor und unterscheidet sich evolutionär von anderen Antilopenarten, weshalb auch ihre systematische Zugehörigkeit in ständigem wissenschaftlichen Diskurs steht. Einige Zoologen ordneten sie den Ziegenartigen zu, andere den Antilopen. Unterschieden werden zudem zwei Unterarten, die Saiga *tatarica tatarica* mit dem größten Verbreitungsgebiet vom Kaspischen Meer bis nach Ostkasachstan und die kleine Population der mongolischen Saiga *tatarica mongolica* in der westlichen Mongolei. Außerdem gibt es heute fünf Unterpopulationen. Die heute größte Gruppierung ist die Betspak-Dala-Population in Zentralkasachstan. Desweiteren gibt es die Ural-Population, welche grenzüberschreitend zwischen Russland und Kasachstan wandert, die Ustjurt-Population auf dem gleichnamigen Plateau grenzüberschreitend zwischen Kasachstan und Usbekistan, eine Population im russischen Kalmykien sowie jene der mongolischen Saigas.

### Rückgang der Art und ein Grund zur Hoffnung

Heute ist die Saiga eine der am stärksten in ihrem Bestand rückläufigen Arten der Erde, was insbesondere der großen Nachfrage nach den Hörnern der männlichen Tiere in der Traditionellen Chinesischen Medizin, aber auch der Verarmung der Landbevölkerung in den frühen 1990er Jahren geschuldet ist. Die Tierbestände waren durch den Abbau der umfangreichen Schutzinfrastruktur der Sowjetunion nach deren Ende 1991, der Wiederöffnung der Grenzen zu China in den 1980er Jahren und der damit einhergehenden massiven Zunahme

der Wilderei zwischen den frühen 1990er Jahren und den ersten Jahren des neuen Jahrtausends um mehr als 95 % eingebrochen. Danach waren so wenige Tiere übrig, dass sich die Wilderei kaum mehr lohnte. Die durch die Jagd auf vorrangig männliche Tiere verursachte Veränderung der Geschlechterstruktur führte zusätzlich zu einem starken Rückgang der Fortpflanzungsrate, da die wenigen Böcke nicht mehr alle Weibchen begatten konnten. Die Entnahme von Tieren durch illegale Jagd und der damit verbundene Zusammenbruch der Fortpflanzung hatten sehr plötzliche und unerwartet große Auswirkungen auf die Bestände.

Grund zur Hoffnung gab schließlich der Erfolg internationaler und nationaler Schutzbemühungen seit 2005. Durch Wildereibekämpfung von staatlicher Seite und durch Anstrengungen internationaler und lokaler Nichtregierungsorganisationen, die Ausweisung von Schutzgebieten, Bewusstseinsbildung unter der lokalen Bevölkerung sowie begleitende Naturschutzforschung erholte sich der Bestand in den letzten zehn Jahren. Initiativen und Abkommen auf transnationaler und zwischenstaatlicher Ebene, wie die Einstufung als »Critically Endangered Species« (vom Aussterben bedrohte Art) durch die International Union for the Conservation of Nature (IUCN), ein Schutzabkommen der Konvention zum Schutz Wandernder Tierarten (CMS) zwischen den Verbreitungsstaaten im Jahr 2006 und ein Abkommen über gemeinsame Schutzmaßnahmen zwischen Kasachstan und Usbekistan lieferten wichtige politische Rahmenbedingungen und die nötige internationale Öffentlichkeit. Organisationen wie der World Wide Fund for Nature (WWF), die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF), die britische Royal Society for the Protection of Birds (RSPB), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die amerikanische Wildlife Conservation Society (WCS) und die Saiga Conservation Alliance begannen sich 2005 für die Saiga-Antilopen einzusetzen und riefen in Zusammenarbeit mit den Regierungen der jeweiligen Länder und lokalen Nichtregierungsorganisationen verschiedene Schutzprojekte ins Leben.

Da Kasachstan den mit Abstand größten Gesamtbestand von Saigas aufweist, wirtschaftlich aufstrebend und politisch stabil ist und dort zudem die weltweit größte abgeschlossene Teilpopulation der Saiga-Antilope (Betpak-Dala-Population) lebt, spielt das Land beim Schutz der Art eine zentrale Rolle. Ein gutes Beispiel für die Schutzbemühungen ist daher die Altyn Dala Conservation Initiative, das derzeit wahrscheinlich umfangreichste Saiga- und Steppenschutzprojekt. Es wurde im Jahre 2005 durch die kasachstanische Regierung und die Nichtregierungsorganisationen ZGF, WWF, RSPB und die Association for the Conservation of Biodiversity of Kazakhstan (ACBK) ins Leben geru-

fen. Durch ihren Fokus auf den Erhalt des Gesamtökosystems konnten im Rahmen der Initiative in den letzten zehn Jahren knapp 4 Mio. ha (eine Fläche ungefähr halb so groß wie Bayern) unter staatlichen Schutz gestellt werden, so dass wichtige Sommerweiden und Kalbungsgebiete vor Wilderei geschützt sind. Hinzu kommt ein ca. 340.000 ha großes Gebiet, das von ACBK gepachtet und als privates Schutzgebiet betrieben wird.

Durch die Ausbildung und den Einsatz mobiler Ranger-Truppen werden weitere Verbreitungsgebiete abgedeckt. Die Ranger führen zudem ein auf Sichtungen und Erhebungen basiertes Monitoring durch, das die jährlichen Zählungen der auf kasachstanischem Staatsgebiet lebenden Saigas aus der Luft durch Beobachtungsdaten am Boden ergänzt. Auch bei den Zählungen per Flugzeug konnte die Altyn Dala Initiative maßgebliche Verbesserungen in der Durchführung herbeiführen, wodurch heute genauere Bestandsdaten erhalten werden. Um eine haltbare Wissensgrundlage zum Schutz der Saigas aufzubauen wird zudem intensive Feldforschung betrieben: Seit 2009 wurden 69 Saiga-Antilopen mit Halsbandsendern versehen, und so erstmalig genaue Daten über die Wanderwege, Habitatnutzung und das Zeit-Raum-Verhalten der Saigas erhoben. In den Kalbungsgebieten werden jährlich die Geburtsraten erhoben, was Informationen über den allgemeinen Fortpflanzungserfolg der Art liefert.

Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Bewusstseinsbildung und der Einbeziehung der lokalen Bevölkerung bei allen Maßnahmen. So wurden beispielsweise bereits an nahezu allen Dorfschulen der Verbreitungsregion (einem Gebiet von der Größe Frankreichs) Vorträge gehalten, Unterrichtsstunden gestaltet und gemeinsame Aktionen mit Schülern und Lehrern durchgeführt. Regelmäßige Versammlungen und Informationsveranstaltungen mit der Bevölkerung und Unterredungen mit den Dorfältesten und lokalen Autoritäten verstärken die Unterstützung der örtlichen Bevölkerung für den Saiga-Schutz. Da als Mitarbeiter und Helfer vor Ort vornehmlich lokale Bewohner eingesetzt werden, werden zugleich neue Einkommensmöglichkeiten geschaffen. So verfügt die Projektregion inzwischen über ein sehr gutes Netzwerk aus lokalen Unterstützern. Zwischen 2007 und 2014 war die Betpak-Dala-Population von 22.800 Tieren auf wieder 217.000 Tiere angewachsen – ein unglaublicher Erfolg für die Schutzbemühungen.

### **Eine neue Herausforderung**

Die Situation der Betpak-Dala-Population in Zentralkasachstan war in jüngster Zeit schon wieder so gut, dass Rufe nach einer Lockerung des Jagdverbotes laut wurden und über eine Aufhebung ihres Status einer extrem gefährdeten Art nach der Internationalen Roten

Liste diskutiert wurde. Doch dann passierte im Mai 2015 etwas Dramatisches und in diesem Ausmaß völlig Unerwartetes: Seit der zweiten Maidekade verendeten plötzlich Saigas in einem Gebiet, in dem sich mehr als 60.000 Tiere zur Kalbung zusammengefunden hatten. Zunächst wurden gut Hundert gezählt, dann mehrere Hundert, dann Tausende. Mit jedem Tag starben mehr Tiere, vorrangig Weibchen. Innerhalb von etwa zehn Tagen verendete die gesamte Gruppe, bestehend aus Weibchen, den neu geborenen Kälbern und einigen wenigen Männchen; ein Massensterben, wie es sehr lange schon nicht mehr beobachtet wurde.

Massensterben bei Saiga-Antilopen sind ein bekanntes Phänomen: Auch Anfang und Ende der 1980er Jahre sowie 2010 war es zu großen Sterben gekommen. 1984 wurde der Verlust auf ca. 100.000 Tiere geschätzt, 1988 auf mehr als 400.000 Tiere. Beide Ereignisse wurden im Gebiet Torgai (heute Teil der Gebiete Kostanai und Akmola) beobachtet, innerhalb des Verbreitungsgebietes der Betpak-Dala-Population. Jedoch sind die Daten in beiden Fällen unzureichend und deren Qualität unsicher. Das bedeutendste Massensterben in jüngster Vergangenheit wurde im Mai 2010 in der Ural-Population im Westen Kasachstans beobachtet. Dabei starben nach offiziellen Angaben gut 12.000 Tiere, nach inoffiziellen Schätzungen allerdings weit mehr, was auch der Rückgang der Population von 39.000 Tieren in 2010 auf 18.000 Tiere in 2011 verdeutlicht. Ebenfalls wurden Massensterben 2011 in Westkasachstan und 2012 und 2013 in der Betpak-Dala-Population beobachtet, jeweils aber nur mit etwa 2.000 toten Tieren. Allerdings waren auch hier Dokumentation und Untersuchungen mangelhaft und begannen zu spät. Daraufhin hatten die Behörden in Kasachstan mit Unterstützung von Naturschutzorganisationen ein staatliches Forschungsprogramm zur Untersuchung von Krankheiten der Saiga-Antilope ins Leben gerufen.

Als die Saiga-Weibchen im Frühjahr 2015 zu verenden begannen, war bereits ein Team der kasachstanischen Naturschutzorganisation ACBK vor Ort. Die Feldforscher hatten sich eigentlich eingefunden, um – wie auch in den vergangenen Jahren – Untersuchungen über den Erfolg der Kalbung, den Zustand der neugeborenen Saigas und das Wachstum der Population durchzuführen. Bereits am ersten Tag fanden sie jedoch sterbende Tiere. Erkrankte Tiere wurden schwächer, verloren die Koordinationsfähigkeit ihrer Gliedmaßen, legten sich letztlich hin, litten an Durchfall, hatten Schaum vor dem Maul, bekamen Atemprobleme und starben letztlich. Dies alles geschah innerhalb weniger Stunden. Innerhalb von nur zwei Tagen waren 80 % der Herde von etwa 60.000 Tieren verloren.

Während des Massensterbens im Kalbungsgebiet im Gebiet Kostanai trafen bereits Nachrichten über

Funde von toten Tieren in den Gebieten Aktobe und im Akmola ein. Auch im Gebiet Kostanai wurden noch weitere Ansammlungen von Kadavern gefunden. Ein darauffolgender Überflug des Gebietes diente dazu, die Gesamtlage einschätzen zu können. Insgesamt wurden über 150.000 verendete Tiere gezählt. Einzelne immer noch in der Steppe liegende Kadaver sind nicht einbezogen, so dass die tatsächliche Zahl noch wesentlich höher liegt. Damit ist der Großteil der noch im vergangenen Jahr größten Population verloren.

Vor dem Hintergrund zurückliegender Massensterben war jenes im Mai 2015 nichts Neues, das verheerende Ausmaß und die Geschwindigkeit aber überraschend, was Biologen und Veterinäre vor große Fragen stellt. Die Reaktion von staatlicher Seite wurde schnell intensiviert, als das Ausmaß der Katastrophe sichtbar wurde. Zum einen mussten die Ursachen für das Massensterben untersucht, zum anderen die unzähligen Tierkadaver eingesammelt und vergraben werden. Die äußeren Symptome ermöglichten keine eindeutige Diagnose und so wurden zur Beseitigung der Kadaver verschiedene Veterinärstellen, Schutzgebietsranger, das Innenministerium, das Ministerium für Katastrophenschutz und zuletzt auch die Armee hinzugezogen, um eine mögliche Ausbreitung der Erkrankung zu verhindern. In einer schnell errichteten Zeltstadt wurden mehr als 300 eingesetzte Kräfte untergebracht und versorgt. Im Vergleich zum Massensterben 2010, bei dem die Maßnahmen zu spät und unzureichend waren, reagierten diesmal die staatlichen Stellen schnell und professionell. Dies war auch ein Resultat der Diskussionen und Fortbildungen, die nach den Vorgängen von 2010 angestoßen worden waren.

### Ursache(n) des Massensterbens

Als erstes Untersuchungsergebnis wurde von den kasachstanischen Behörden Pasteurellose diagnostiziert, eine Erkrankung durch das pathogene Bakterium *Pasteurella multocida*. Besser passend und genauer ist allerdings der Begriff Hämorrhagische Septikämie (auch Wild- und Rinderseuche genannt), bei der das Bakterium *Pasteurella* wesentlich beteiligt ist. Symptome sind vielfältig, jedoch zeigt sich meist starker Nasenausfluss, blutiger Durchfall, hohes Fieber und Schwäche, bis das Tier schließlich stirbt. Diese Bakterien sind auch bei gesunden Wiederkäuern beispielsweise in den Atemwegen anzufinden. Die Krankheit bricht erst sekundär aus, das heißt bei zusätzlichen Stressfaktoren und einer Schwächung des Immunsystems, beispielsweise durch andere Erreger. In einem solchen Fall kann sich das Bakterium leicht vermehren und pathologisch werden. Die Erklärung »Pasteurellose« wurde schon bei den Fällen zu Sowjetzeiten und in den vergangenen Jahren seit 2010 von den Behörden angeführt, wird jedoch von Experten als alleinige Ursache angezweifelt.

Daneben existieren jedoch zahlreiche andere Hypothesen über den oder die Auslöser des Massensterbens. Zum einen wird vermutet, dass sehr frisches, saftiges Gras zu einer schaumigen Gärung, der Bildung von Toxinen und letztlich zu Lungenversagen geführt haben könnte, was für das Massensterben 2010 zutreffend sein könnte, aber wegen fehlender Daten nicht bewiesen werden kann. In Medien kursieren zum anderen Theorien von Vergiftungen durch Wilderer oder durch den Raketentreibstoff Heptil, der sich durch das Abstoßen von Raketentanks nach deren Start vom Weltraumbahnhof Baikonur in der Steppe befinden soll. Keine der bisher vorhandenen Untersuchungen können jedoch eine dieser Hypothesen bestätigen. Wahrscheinlichste Ursache für die Massensterben der Saiga-Antilope scheint daher eine Kombination aus biologischen und Umweltfaktoren zu sein. Welche das sind, ist jedoch bisher nicht bekannt und derzeit Gegenstand eingehender Untersuchungen.

Erstmals konnten im Mai 2015 dank der Präsenz der Naturschutzorganisation ACBK vor Ort und der gesammelten Erfahrungen der letzten Jahre der gesamte Verlauf des Massensterbens detailliert dokumentiert werden. Zudem gelang es dem eingesetzten Veterinärpersonal, Proben von frischem, pathologischem Material zu nehmen, die zurzeit eingehend analysiert werden. Besonders die Kooperation des kasachstanischen Forschungsinstituts für Biologische Sicherheit, des Royal Veterinary College London und der Nichtregierungsorganisation ACBK ermöglichte eine stark verbesserte Erhebung von Daten. Drei staatliche Institute arbeiten derzeit an Analysen. Aufgrund der Bedeutung des Vorfalls konnte dieses Mal auch durchgesetzt werden, Proben parallel auch in ausländischen Laboratorien untersuchen zu lassen. Derzeit werden sie verschickt, so dass erste Untersuchungsergebnisse wohl ungefähr im August 2015 erwartet werden können.

Auch die Koordination der Untersuchungen hat sich 2015 maßgeblich verbessert und dürfte so erheblich zur Aufklärung der Gründe für das Massensterben beitragen. Eine Arbeitsgruppe des kasachstanischen Land-

wirtschaftsministeriums, anderer Regierungsstellen, wissenschaftlicher Institute und der Nichtregierungsorganisation ACBK tauscht regelmäßig Informationen aus und berät über die folgenden Schritte. Als nichtstaatlicher Partner ermöglicht ACBK auch die Einbeziehung internationaler Experten, was aufgrund der verheerenden Geschehnisse inzwischen auch von der kasachstanischen Regierung begrüßt wird.

### Fazit und Ausblick

Nach jetzigem Kenntnisstand ist ein Großteil der Saiga-Population der Betpak Dala dem Massensterben im Mai zum Opfer gefallen, was gleichbedeutend ist mit einem Großteil der Weltpopulation dieser bedrohten Art. Wie viele Tiere wirklich übrig sind wird man wohl erst nach den Flugzählungen im April 2016 wissen. In jedem Fall ist das Bild dramatisch: In den kommenden Jahren wird es noch schwieriger als es bisher sein, in der Steppe auf Saigas zu treffen. Da vor allem Weibchen gestorben sind, wird das erneute Anwachsen der Population stark verlangsamt sein. Und letztendlich wird der Verlust der weidenden Tiere auch die ökologischen Prozesse in der Steppe mittelfristig beeinflussen.

So sehr es sich auch alle Beteiligten und die Öffentlichkeit wünschen: eine rasche Aufklärung der Vorgänge wird nicht möglich sein. Es handelt sich hier um ein sehr seltenes, vielleicht neues und facettenreiches Phänomen, das eine umfassende Untersuchung erfordert.

Dennoch ist klar: Auch wenn die Ergebnisse der Schutzbemühungen nun um zehn Jahre zurückgeworfen wurden, wird die Betpak-Dala-Population wohl nicht aussterben. Im Vergleich zur Wilderei sind die Massensterben kurzzeitige Ereignisse. Daher rechnen Experten damit, dass sich die Saiga-Bestände wieder erholen werden, denn die Art scheint durch ihre rasche Fortpflanzung an Populationseinbrüche, wie sie auch durch das raue Klima vorkommen können, angepasst. Dafür ist es nun jedoch umso wichtiger, die Bemühungen um ihren Schutz aufrechtzuerhalten, ja sogar zu verstärken.

#### *Über die Autoren:*

Steffen Zuther ist Geoökologe und arbeitet seit 2007 als CIM-Fachkraft für die Altyn Dala Conservation Initiative in Kasachstan.

Eva Klebelsberg ist Zoologin und arbeitete von 2007 bis 2012 als CIM-Fachkraft für die Altyn Dala Conservation Initiative in Kasachstan.

#### *Lesetipps:*

- Massensterben bei den Saiga Antilopen in Kasachstan, Zoologische Gesellschaft Frankfurt, 22.5.2015, = <<https://fzs.org/de/aktuelles/mass-die-saiga-antelopes-kazakhstan/>>
- Catastrophic Collapse of Saiga Antelopes in Central Asia, United Nations Environment Programme (UNEP), 28.5.2015, = <<http://www.unep.org/newscentre/default.aspx?DocumentID=26816&ArticleID=35061>>
- Henry Nicholls, Mysterious die-off sparks race to save saiga antelope, in: Nature, 1.6.2015, = <<http://www.nature.com/news/mysterious-die-off-sparks-race-to-save-saiga-antelope-1.17675>>



## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Bestandsentwicklung der Saigapopulationen in Zentralasien

Grafik 1: Bestandsentwicklung der Saigapopulationen in Zentralasien (1980–2015)

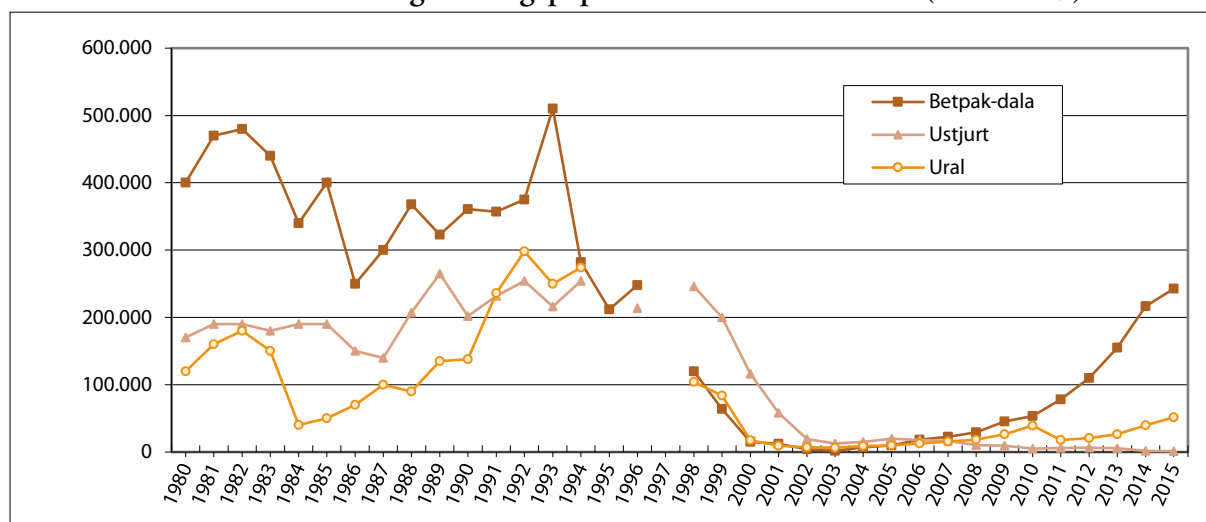


Tabelle 1: Bestandsentwicklung der Saigapopulationen in Zentralasien (1980–2015)

Jahr	Betpak-dala	Ustjurt	Ural	Insgesamt
1980	400.000	170.000	120.000	690.000
1981	470.000	190.000	160.000	820.000
1982	480.000	190.000	180.000	850.000
1983	440.000	180.000	150.000	770.000
1984	340.000	190.000	40.000	570.000
1985	400.000	190.000	50.000	640.000
1986	250.000	150.000	70.000	470.000
1987	300.000	140.000	100.000	540.000
1988	368.000	207.000	90.000	665.000
1989	323.000	265.000	135.000	723.000
1990	361.000	202.000	138.000	701.000
1991	357.000	232.000	236.000	825.000
1992	375.000	254.000	298.000	927.000
1993	510.000	216.000	250.000	976.000
1994	282.000	254.000	274.000	810.000
1995	212.000	k. A.	k. A.	212.000
1996	248.000	214.000	k. A.	462.000
1997	k. A.	k. A.	k. A.	0
1998	120.000	246.000	104.000	470.000
1999	64.000	200.000	84.000	348.000
2000	15.000	116.000	17.500	148.500
2001	12.000	58.000	9.500	79.500
2002	4.000	19.100	6.900	30.000
2003	1.800	12.800	6.500	21.100
2004	6.900	15.000	8.800	30.700
2005	9.943	19.621	10.052	39.616
2006	18600	17.810	12.850	49.260
2007	22800	16.400	15.600	54.800
2008	29252	10.383	18.322	57.957
2009	45196	9223	26624	81.043
2010	53441	4.900	39.058	97.399
2011	78019	6121	17948	102.088
2012	110000	6.500	20.900	137.400
2013	155200	5400	26400	187.000
2014	216700	1.700	39.500	257.900
2015	242500	1270	51700	295.470

Quelle: State Enterprise »Okhotzooprom«



## Wahlkampf in Kirgistan: Auf der Suche nach dem richtigen Partner

Von Alexander Wolters, Bischkek

Die für den Herbst geplanten – aber zeitlich noch nicht festgelegten – Wahlen zum Schogorku Kenesch, dem Einkammerparlament der Kirgischen Republik, sind in mehrfacher Hinsicht ein besonderes Ereignis. Als vor fünf Jahren, nach der »Aprilrevolution« und den ethnischen Auseinandersetzungen in Osch im Sommer 2010 das Parlament neu gewählt wurde, sagten viele Beobachter der neuen Legislative der Republik eine kurze Lebensdauer voraus: Es würde schnell wieder zu den allseits bekannten Entwicklungen hin zu neuer autokratischer Herrschaft kommen, der neue Präsident Almasbek Atambajew sukzessive die Macht an sich reißen und das Parlament zu einem politischen Erfüllungsgehilfen degradieren. Es folgten regelmäßig Prognosen, dass das Parlament in diesem Frühjahr oder jenem Herbst aufgelöst würde. Diese Erwartungen erfüllten sich allerdings nicht und das Parlament der fünften Legislaturperiode seit der Unabhängigkeit 1991 arbeitete seine vollen fünf Jahre, verabschiedete in dieser Zeit mehr als 1.200 Gesetze und avancierte zum Ort der politischen Auseinandersetzung im Land. Darüber hinaus beeindruckte die Kenner der politischen Szene, dass in den vier Koalitionsumbildungen seit der Einsetzung der ersten Regierung im Dezember 2010 immer wieder aufs Neue ein Konsens gebildet werden konnte. Die Regierungsgeschäfte wurden entsprechend selten länger als ein paar Tage ausgesetzt. Auch diesbezüglich hatte es an Warnungen über das wahrscheinliche Heraufziehen »italienischer« oder »belgischer« Verhältnisse nicht gefehlt.

Hier endet allerdings auch schon die wohlwollende Beschreibung der neuen parlamentarischen Realität in Kirgistan. Permanente Koalitionsstreitigkeiten, die schleichende Auflösung fast aller Parlamentsfraktionen und die Ausnutzung des Parlaments als Tribüne für strategielosen Populismus haben das Ansehen der Volksvertreter bei ihren Wählern nachhaltig geschädigt und das öffentliche Vertrauen in die Institution massiv sinken lassen. Von den fünf im Parlament vertretenen Parteien hat allein die Partei des Präsidenten, die Sozialdemokratische Partei Kirgistans (SDPK), die Legislaturperiode ohne nennenswerte Verluste durch abtrünnige Mitglieder überstanden. Dagegen haben die Fraktionen der verfrüht immer wieder als nationalistisch eingestuft Partei Ata-Dschurt (Mutterland) und die Partei des Geschäftsmannes und zeitweiligen Premiers Omurbek Babanow, Respublika, von Beginn an unter Abspaltungen einzelner Abgeordneter gelitten – bis hin zum Zustand völliger Zersetzung. Ähnlich schlimm sieht es heute für die Partei des ehemaligen Premiers Feliks

Kulow, Ar-Namys (Würde), aus, die vor dem Trümmerhaufen ihrer eigenen Fraktion steht, wohingegen die Partei Ata-Meken (Vaterland) unter Führung des »Vaters der Verfassung«, Omurbek Tekebajew, einzelne Abweichler gehen lassen musste, aber den Zusammenhalt ihrer Fraktion größtenteils bewahren konnte.

Als Koalition stehen derzeit die Parteien SDPK, Ata-Meken und Ar-Namys zusammen, allerdings lässt sich aus diesem Konsens keinerlei Orientierung für die anstehenden Wahlen gewinnen. Hier wird das Bild ungemein komplexer und auch widersprüchlicher.

Die SDPK baut gegenwärtig zum geringeren Teil auf die Kraft ihres prominenten Zugpferds, Präsident Atambajew, und zum weitaus größeren Teil auf den Zugang zu exklusiven administrativen Ressourcen in Regierungs- und Präsidialadministration, um die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die SDPK besitzt hier ein Alleinstellungsmerkmal. Alle anderen Parteien engagieren sich gegenwärtig im Aufbau von Parteibündnissen und im Eintreiben finanzieller Ressourcen. Über letztere heißt es, dass sie mindestens einen Umfang von 1 Mio. US-Dollar haben müssen, damit die Partei eine realistische Chance auf das Überspringen der 7%-Hürde und den Einzug ins Parlament hat. Im Falle der Suche nach Verbündeten steht die berüchtigte Aufteilung Kirgistans in Nord und Süd im Vordergrund. Wichtig scheint, dem Wähler vermitteln zu können, dass man keine regionale Bevorteilung anstrebt, da dies vom politischen Gegner zum Zwecke der Diskreditierung verwendet werden könnte. Um dies zu erreichen, entstehen gegenwärtig sehr unerwartete, mitunter gar abwegig erscheinende Verbindungen. Dass sich die Parteien Respublika von Omurbek Babanow und (die Reste von) Ata-Dschurt unter Führung von Kamschybek Taschijew zusammengeschlossen haben, erscheint noch nachvollziehbar. Ata-Dschurt braucht Geld, das Babanow bereitstellen kann. Gleichzeitig ist Babanow im Süden völlig unterrepräsentiert, was Taschijew zu kompensieren verspricht. Beide teilen darüber hinaus das Schicksal, in der vergangenen Legislaturperiode Verlierer gewesen zu sein: seit Herbst 2012 waren Respublika und Ata-Dschurt von den Regierungskoalitionen ausgeschlossen und damit vom Zugang zu Staatsressourcen abgeschnitten. Etwas überraschender ist der Zusammenschluss der neu gegründeten Partei Emgek (Arbeit) unter Führung des schwerreichen Unternehmers Askar Salymbekow (Unternehmen & Basar »Dordoï«) und des ehemaligen Bakijew-Schützlings Adachan Madumarow und seiner Partei Butun Kirgistan (Vereinigtes Kirgistan)

zum neuen Parteibündnis Butun Kirgistan Emgek. Beiden Parteien bringt die Union insofern Vorteile, als dass Salymbekow das Manko seiner Nordherkunft überdecken kann und Butun Kirgistan Zugang zu dringend benötigten Geldquellen bekommt und eine Repräsentanz im Norden gewinnt. Erstaunen hat dieser Zusammenschluss dennoch hervorgerufen, da viele Beobachter zuvor Salymbekow und seine Partei als bequemen Mehrheitsbeschaffer der SDPK eingeschätzt hatten. Entsprechend produzierte die Neuigkeit über den Zusammenschluss zu Butun Kirgistan Emgek einen Schwall an Spekulationen über die diesem Spiel zugrunde liegenden Strategien. Geradezu absurd nimmt sich die jüngst verkündete Unterstützung von Ata-Meken durch den infamen und gegenwärtig vor einem Strafverfahren ins Ausland geflüchteten ehemaligen Bürgermeister von Osch, Melis Myrsakmatow, aus. In Stellungnahmen Ende Juni betonten Vertreter von Ata-Meken und von der Partei Myrsakmatows, Uluttar Birimdigi (Union der Völker), die Gemeinsamkeiten zwischen beiden politischen Kräften und kündigten indirekt die Bildung eines Bündnisses an. Dieser neue Schachzug Tekebijews versetzt Beobachter in Erstaunen und man diskutiert jetzt, welche Strategie der Vater der Verfassung hier verfolgt. Melis Myrsakmatow war bis zuletzt der Renegat im politischen Spiel Kirgistans und verdächtig, in den Ereignissen

von Osch als sogenannter Beschützer der Kirgisen an die Säuberungen in den usbekischen Mahallas beteiligt gewesen zu sein. Noch lange danach widersetzte sich Myrsakmatow den Zugriffen aus Bischkek, bis er schließlich im Januar 2014 bei den Wahlen zum Amt des Bürgermeisters verlor und die Stadt in der Folge verließ, angeblich in Richtung Urumtschi. Warum ausgerechnet Tekebijew, der in den schwierigen Zeiten in 2010 noch seine guten usbekischen Kontakte nutzte um den Widerstand Bakijews in Dschalalabad zu brechen, sich jetzt mit Myrsakmatow verbündet, ist den meisten Beobachtern bislang schleierhaft. Weitere Erklärungen und Deutungen lokaler Experten sind gewiss und bringen vielleicht vorläufige Erkenntnisse.

Bereits jetzt wird deutlich, dass die kommenden Wahlen etwas Besonderes sind, da sich über sie nur vorhersagen lässt, dass ihr Ausgang offen ist. Damit unterscheiden sie sich nicht nur fundamental von Wahlen in den Nachbarrepubliken, sondern sie bieten auch immer wieder die Chance, etwas Neues, Unbekanntes hervorzubringen und politische Entwicklungen anzustoßen. Die Monate bis zum Wahltag versprechen daher noch einige weitere Überraschungen, die von uns Beobachtern ein ums andere Mal die Fähigkeit erfordern, alte Gewissheiten über Bord zu werfen.

#### *Über dem Autor*

Dr. Alexander Wolters ist als DAAD Langzeitdozent an der OSZE Akademie und der American University of Central Asia tätig. Er promovierte über politische Prozesse in Kirgizstan und forscht seit Jahren zu den Beziehungen zwischen Politik, Öffentlichkeit und Bildung in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Weitere Interessensgebiete sind politische und Sozialtheorie, Marxismus und Konfliktforschung.

## CHRONIK

## 20. Juni – 17. Juli 2015

## Kasachstan

20.6.2015	Präsident Nursultan Nasarbajew bespricht in einem Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen, Petro Poroschenko, die aktuellen Entwicklungen im Ukraine-Konflikt.
22.6.2015	Präsident Nasarbajew betont in einer Videobotschaft an die Bevölkerung die Vorteile, die der WTO-Beitritt Kasachstan bringen werde. Das Land wird im Dezember 2015 162. Mitglied der Organisation.
23.6.2015	Ein namentlich nicht genannter Einwohner des Gebiets Kostanai wird wegen der Entfernung von Hörnern von bei dem Massensterben im Mai verendeten Saiga-Antilopen zu einem Jahr Haft verurteilt.
23.6.2015	An dem Peacekeeping-Großmanöver »Steppenadler«, das derzeit im Gebiet Almaty abgehalten wird, nehmen auch 100 ausländische Militärangehörige, u. a. aus den USA, Großbritannien, der Türkei, Tadschikistan, Kirgistan und Nepal, teil.
24.6.2015	Verteidigungsminister Imamgali Tasmagambetow sagt bei einem Treffen mit seinem kirgisischen Amtskollegen Abibilla Kudaiberdijew die Bereitstellung von kasachstanischer Militärtechnik sowie logistische Unterstützung zu.
24.6.2015	Präsident Nasarbajew erörtert in einem Telefonat mit dem saudischen König Salman Stand und Ausbau der bilateralen Beziehungen.
24.6.2015	Eine aus Beamten des Innen- und Außenministeriums bestehende Delegation erörtert während eines Treffens mit tschechischen Partnern in Prag die Möglichkeiten für weitere Visalerleichterungen zwischen der EU und Kasachstan.
24.6.2015	Die BTA-Bank, einst zweitgrößte Bank des Landes, verliert ihre Lizenz. Kapital und Verbindlichkeiten des Geldinstituts waren bei seiner Übernahme Ende 2013 an die Kazkommertsbank übergegangen.
25.6.2015	Der für Europa und Zentralasien zuständige Regionaldirektor der zur Weltbank gehörenden International Finance Corporation, Tomasz Telma, erklärt auf einer Energiekonferenz in Almaty, dass Kasachstan seinen Energieverbrauch bis 2035 verdoppeln werde und weltweit zu den energieineffizientesten Staaten gehöre.
25.6.2015	Der Senat ratifiziert den zwischen Turkmenistan und Kasachstan geschlossenen Vertrag zur Aufteilung des Seegrunds des Kaspischen Meeres und der darunterliegenden Ressourcen.
25.6.2015	Vize-Premier Bakyschan Sagyntajew empfängt den stellvertretenden chinesischen Staatsratsvorsitzenden Chang Gaoli zu Gesprächen über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit.
27.6.2015	Präsident Nasarbajew trifft zum Kasachstan-Tag auf der EXPO-2015 in Mailand ein. Während eines kasachstanisch-italienischen Businessforums, an dem auch der italienische Premier Matteo Renzi teilnimmt, gibt Nasarbajew die Aufhebung der Visapflicht für Bürger weiterer zehn Staaten, darunter die Schweiz, Spanien, Norwegen, Singapur und Australien bekannt.
27.6.2015	Die Polizei in Almaty kündigt an, ab sofort mit Geldstrafen gegen illegale Taxifahrer in der Stadt vorzugehen. Auf den Straßen der Stadt sind täglich mehr als 200.000 PKWs aus dem Umland und den Gebieten Südkasachstan und Schambyl u. a. als Schwarztaxi unterwegs.
29.6.2015	Ein Bewohner des Gebiets Südkasachstan wird beim Fischen auf dem Grenzfluss Syr-Darja von usbekischen Grenzern erschossen, ein zweiter verletzt. Das Außenministerium sendet eine Protestnote nach Taschkent. In einer Stellungnahme des usbekischen Grenzschutzes werden die Männer des illegalen Grenzübertritts bezichtigt.
29.6.2015	In Astana beginnt ein zweitägiges Regionaltreffen zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, an dem Vertreter von neun Staaten und elf Partnerorganisationen im Bereich Sicherheit teilnehmen.
30.6.2015	Die Esperanto-Straße im Zentrum der russischen Stadt Kasan (Autonome Republik Tatarstan) wird in Nursultan-Nasarbajew-Straße umbenannt.
30.6.2015	Mehrere Buchhalter in der Verwaltung der Nationalen Kasachischen Al-Farabi-Universität in Almaty werden wegen des Verdachts der Unterschlagung von 120 Mio. Tenge (ca. 629.000 US-Dollar) an Studiengebühren verhaftet.
30.6.2015	Außenminister Jerlan Idrissow empfängt den Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs und Chef des UN-Regionalzentrums für präventive Diplomatie, Petko Draganow, zu Gesprächen über Wasserfragen und Armutsbekämpfung.
30.6.2015	In Almaty wird bei einem Polizeieinsatz gegen zwei mutmaßliche islamische Extremisten, deren Ausreise nach Syrien unmittelbar bevorstand, einer der Beschuldigten getötet, der andere festgenommen.
1.7.2015	In der auf dem Staatssender Khabar ausgestrahlten Dokumentation »Mit Nasarbajew übers Wesentliche« erklärt Präsident Nasarbajew mit Verweis auf die derzeitige Lage in der Ukraine, Georgien und Moldowa, dass ein Übergang zur parlamentarischen Demokratie Zeit benötige. Zudem kündigt er einen verschärften Kampf gegen die Korruption an.

2.7.2015	Präsident Nasarbajew spricht sich in einem Live-Interview im Staatsfernsehen für die Entwicklung eines Markenzeichens für Kasachstan aus. Zudem fordert er Mitarbeiter von Behörden zu einem sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln auf und hebt die große Verantwortung der Gebietsgouverneure für die erfolgreiche Umsetzung des Industrialisierungsprogramms hervor.
3.7.2015	Vor dem Gebäude des usbekischen Konsulats in Almaty fordern Aktivisten der Jugendbewegung Bolaschak eine Aufklärung der Erschießung eines kasachstanischen Fischers an der usbekischen Grenze.
4.7.2015	Präsident Nasarbajew erörtert in einem Telefonat mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon Fragen der regionalen und internationalen Zusammenarbeit.
5.7.2015	Präsident Nasarbajew lobt in einem Interview mit dem Radiosender Rossija-24 die Entwicklung der russisch-kasachstanischen Beziehungen und die Integration im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion.
5.7.2015	Der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew trifft zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Astana ein, wo er u. a. an den Feierlichkeiten zum Tag der Stadt teilnimmt und von Präsident Nasarbajew zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen wird.
5.7.2015	Der Bürgermeister von Mailand, Giuliano Pisapia, unterzeichnet bei einem Treffen mit dem Bürgermeister von Astana, Adilbek Dschaksybekow, ein MoU über eine Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der EXPO-2017.
7.7.2016	Der indische Premierminister Narendra Modi wird im Rahmen seiner Zentralasienreise in Astana von seinem kasachstanischen Amtskollegen Karim Massimow und Präsident Nasarbajew zu Gesprächen über den Ausbau der bilateralen Beziehungen empfangen. Nasarbajew und Modi unterzeichnen u. a. einen Vertrag über die Lieferung von 5.000 t Uran an Indien.
10.7.2015	Präsident Nasarbajew wird bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Putin am Rande des im russischen Ufa stattfindenden SCO-Gipfels mit dem Aleksandr Newskij-Orden ausgezeichnet.
10.7.2015	Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, dass das zuständige Wiener Gericht den ehemaligen Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes (KNB), Alnur Musajew, von der Anklage der Beteiligung an der Ermordung zweier Nurbank-Manager im Jahr 2007 freigesprochen hat. Der mitangeklagte ehemalige Mitarbeiter der Präsidentengarde, Wadim Koschljak, wird lediglich wegen Beteiligung an einer Entführung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.
13.7.2015	Bei einer Besprechung zur Vorbereitung der EXPO-2017 in Astana äußert sich Präsident Nasarbajew unzufrieden mit dem Lauf der Bauarbeiten und der Konzeption eines Images für die Weltausstellung.
13.7.2015	Der Stahlkonzern ArcelorMittal weist Medienberichte zurück, wonach das Unternehmen den Verkauf seiner Aktiva in Kasachstan plane.
13.7.2015	Drei kosovarische Bauarbeiter sterben in Astana beim Sturz von einem 20 m hohen Kran, drei weitere werden verletzt.
13.7.2015	Es wird bekannt, dass die Unterlagen zum Fall des Ex-Premiers Serik Achmetow an ein Gericht in Karaganda weitergeleitet wurden. Achmetow werden demnach sechs Korruptionsvergehen, darunter Veruntreuung von Haushaltsgeldern und Annahme von Schmiergeldern im besonders großen Umfang, vorgeworfen.
15.7.2015	Nationalbankchef Kairat Kelimbetow kündigt an, im Wechselkurs des Tenge gegenüber dem US-Dollar stärkere Schwankungen zuzulassen. Eine Devaluation des Tenge schließt er derzeit aus.
15.7.2015	Nach Angaben des Komitees für Statistik ist das Handelsvolumen Kasachstans mit den Staaten der Zollunion zwischen Januar und Mai gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14,1 % gefallen.
16.7.2015	Der stellvertretende Gouverneur des Gebiets Mangystau, Rakimbek Amirschanow, gibt auf einer Pressekonferenz mit dem iranischen Konsul in Aktau, Machmud Adib, den Bau eines neuen erdölverarbeitenden Betriebs bekannt. Dieser soll sowohl zur Verminderung des Treibstoffdefizits auf dem kasachstanischen Markt beitragen, als auch für den Export nach Iran arbeiten.
16.7.2015	Aus einer Meldung der Antikorruptionsbehörde geht hervor, dass der am 18.6.2015 festgenommene Ex-Chef des EXPO-2017-Planungsunternehmens, Talgat Jermegijajew, insgesamt 4,2 Mrd. Tenge (ca. 22 Mio. US-Dollar) an Haushaltsmitteln veruntreut haben soll.
16.7.2015	Der russische Außenminister Sergej Lawrow lobt in einem Gespräch mit RIA Nowosti die Rolle Kasachstans als einem der Gastgeber der 5+1-Gespräche um das iranische Atomprogramm.
17.7.2015	Vize-Premier Sagyntajew reist an der Spitze einer Delegation zu kasachstanisch-ukrainischen Regierungskonsultationen nach Kiew, bei denen vor allem Handelsfragen thematisiert werden sollen.

## Kirgistan

20.6.2015	Der stellvertretende Premier Walerij Dil betont bei einem Treffen mit dem Parteichef der Autonomen Region Xinjiang der VR China, Zhang Chunxian, das Interesse Kirgistans an einem Ausbau der ökonomischen Beziehungen.
21.6.2015	In der Schlucht von Ala-Artscha werden drei spanische Bergsteiger tot aufgefunden. Sie sollen bei der Besteigung des Ak-Too von einer Lawine erfasst worden sein.
22.6.2015	Der bisherige Vize-Premier Ernis Otorbajew wird zum Botschafter Kirgistans in Deutschland ernannt.
22.6.2015	OSZE/ODIHR und die Venedig-Kommission der EU äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Besorgnis über die Verletzung demokratischer Prinzipien in den neuen Vorschlägen mehrerer Parlamentarier zur Veränderung der Verfassung.
23.6.2015	Eine staatliche Arbeitsgruppe für die Entwicklung von Programmen zur besseren Positionierung der kirgisischen Wirtschaft schreibt einen Wettbewerb für ein Logo und einen Slogan für das Land aus. Das Preisgeld beträgt 100.000 Som (ca. 1.600 US-Dollar).
23.6.2015	Präsident Almasbek Atambajew fordert bei einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der staatlichen Agentur für Geologie und mineralische Rohstoffe, Duischenbek Silalijew, die effektive Verwendung der aus der erfolgreichen Ausschreibung der Jerooy-Goldmine im Mai 2015 dem Staat zukommenden 100 Mio. US-Dollar zum Nutzen der (örtlichen) Bevölkerung.
23.6.2015	Transportminister Argynbek Malabajew stellt vor dem Parlamentskomitee für Transport und Verkehr die neuesten Kreditverträge in Höhe von 297 Mio. US-Dollar mit der chinesischen Eximbank für den zweiten Bauabschnitt einer neuen Nord-Süd-Durchgangsstraße vor. Sie soll die Gebiete des Landes von Batken bis Balykschy am Issyk-Kul miteinander verbinden.
24.6.2015	Am Morgen demonstrieren ca. 100 Menschen vor dem Parlamentsgebäude gegen Bestrebungen der Abgeordneten, Veränderungen der Verfassung vor der erlaubten Frist im Jahr 2020 zu ermöglichen.
24.6.2015	Das Parlament verabschiedet in zweiter Lesung den umstrittenen Gesetzesentwurf gegen die Propagierung von Homosexualität mit 90 zu 2 Stimmen. Bevor das Gesetz Präsident Atambajew zu Unterschrift vorgelegt wird, muss noch eine dritte Lesung erfolgen.
24.6.2015	Präsident Atambajew bezeichnet in einer Rede bei der Amtseinführung mehrerer ausländischer Botschafter, darunter auch dem kasachstanischen, Nursultan Nasarbajew als Führer nicht nur Kasachstans, sondern der gesamten Region, einen der globalen Führer bezüglich des Friedens in der Welt.
24.6.2015	Das zuständige Parlamentskomitee unterstützt die Initiative von Präsident Atambajew, Klara Sooronkulowa, Richterin in der Verfassungskammer der Obersten Gerichts, ihres Amtes zu entheben. Sooronkulowa hatte die Bindung der Wahlberechtigung für die Parlamentswahl an die Abgabe von Fingerabdrücken als nicht verfassungsmäßig kritisiert.
25.6.2015	Das Parlament beschließt mit 56 zu 16 Stimmen die Entlassung von Ombudsmann Bakytbek Amanabajew.
25.6.2015	Die Nationalbank erklärt die Manas-Bank für insolvent. Am 18.6. war bereits die Issyk-Kul Investment Bank von einem Gericht für bankrott erklärt worden.
25.6.2015	Im russischen Sankt Petersburg wird in Anwesenheit des Bürgermeisters von Bischkek, Kubanytschbek Kulmatow, ein 1,7 ha großer Park mit dem Namen des bekannten kirgisischen Schriftstellers Tschingis Aitmatow eröffnet.
26.6.2015	Während eines zweitägigen Arbeitsbesuches im Gebiet Batken betont Premier Temir Sarijew, dass Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten durch friedliche Verhandlungen gelöst werden sollten.
26.6.2015	Erstmals in der Geschichte des unabhängigen Kirgistan diskutiert das Oberste Gericht das Budget für das Justizwesen 2016. So soll mehr Transparenz und Verantwortung der Gerichte erreicht werden.
26.6.2015	Das belarussische Parlament ratifiziert den Vertrag über den Beitritt Kirgistans in die EEU.
27.6.2015	Im Vorfeld deutsch-kirgisischer Wirtschaftsgespräche äußert der stellvertretende Premier Dil den Wunsch nach einem Deutschen Haus in Bischkek. Das Potential der bilateralen Beziehungen sei bei weitem noch nicht ausgeschöpft.
27.6.2015	Premier Sarijew trifft in Bischkek mit den Führern der Vertretungen der verschiedenen Nationalitäten des Landes zu Gesprächen über Möglichkeiten der Bewahrung der Einheit des Volkes zusammen.
29.6.2015	Drei Fraktionen ziehen den Antrag auf Verfassungsänderung auf Wunsch des Präsidenten im Parlament zurück. Der Abgeordnete und Ar-Namys-Parteichef Feliks Kulow betont aber, dass dies nur eine Verschiebung sei, die Beratung werde im neuen Parlament weitergehen.
29.6.2015	Das Parlament nimmt die dritte Lesung der umstrittenen Gesetzesprojekte über die Propagierung von Homosexualität und über ausländische Agenten kurzfristig von der Tagesordnung.



30.6.2015	Präsident Atambajew unterzeichnet eine vom Parlament am 21.5. verabschiedete Amnestie für Frauen und Minderjährige.
30.6.2015	Die Nationalbank meldet, dass sie ihre Devisenreserven auf 2 Mrd. US-Dollar erhöhen konnte. Sie waren im März wegen Interventionen zur Stützung des Som auf 1,8 Mrd. US-Dollar gesunken.
1.7.2015	Die russische Staatsduma und das kasachstanische Parlament ratifizieren die Dokumente über den Beitritt Kirgistans in die EEU.
1.7.2015	Nach Angaben des Komitees für Staatssicherheit hat bei der missglückten Festnahme flüchtiger verurteilter Straftäter der eine mit einer Granate Selbstmord verübt, der andere konnte flüchten. Beide sollen an der Vorbereitung von Terrorakten beteiligt gewesen sein.
2.7.2015	Präsident Atambajew unterzeichnet ein Dekret über die Verleihung des Manas-Ordens 1. Grades an den kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew für seine Verdienste bei der Entwicklung der kirgisisch-kasachstanischen Beziehungen.
2.7.2015	Das Direktorat für innere Angelegenheiten der Stadt Bischkek meldet die Aufdeckung von zwei Hizb ut-Tahrir-Zellen, die Festnahme ihrer Führer und die Beschlagnahmung von Material bei einer Spezialoperation gegen extremistische und terroristische Kräfte Ende Juni 2015.
3.7.2015	Das Außenministerium wendet sich an sein kasachstanisches Pendant um Hilfe bei der Suche nach 11 kirgisischen Staatsbürgern, die im Dorf Akschy (Gebiet Almaty) unter der Sklaverei ähnlichen Bedingungen gefangen gehalten werden sollen. Der Fall war nach der Flucht eines Betroffenen bekannt geworden.
4.7.2015	Die kanadische Centerra Gold Inc. teilt in einer Presseerklärung mit, dass die staatliche Agentur für Umweltschutz und Forsten die Erlaubnis für den (umweltbelastenden) Goldabbau in Kumtor bis 31.12.2015 verlängert hat.
4.7.2015	Laut einer Presseerklärung der Eurasischen Entwicklungsbank hat der Eurasische Fonds für Stabilisierung und Entwicklung einen 100 Mio. US-Dollar Kredit für Kirgistan zur Rekonstruktion des Toktogul-Wasserkraftwerkes beschlossen.
4.7.2015	Bei Hausdurchsuchungen im Gebiet Dschalalabad werden größerer Mengen extremistischer religiöser Literatur beschlagnahmt.
6.7.2015	Am frühen Morgen kommt es an der Grenze zu Tadschikistan im Gebiet Batken zu einem Schusswechsel, als kirgisische Grenzer sechs eingedrungene Tadschiken, die Steine auf kirgisische Autos werfen, aufspüren. Tadschikische Grenzer greifen daraufhin die Kirgisen an, ein Tadschike kommt zu Tode.
7.7.2015	Die im Parlament vertretene Partei Ata-Meken unter Omurbek Tekebajew und die Uluttar Birimdigi (Union der Völker) des umstrittenen ehemaligen Bürgermeisters von Osch, Melis Mırsakmatow, geben ihren Zusammenschluss für die Beteiligung an den Parlamentswahlen im Herbst bekannt.
10.7.2015	Präsident Atambajew fordert auf dem 15. SCO-Gipfel in Ufa die Gründung einer Entwicklungsbank der Organisation.
12.7.2015	Präsident Atambajew empfängt den indischen Premier Narendra Modi. Es wird eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet, u. a. über jährliche gemeinsame Manöver.
13.7.2015	In Eki-Tasch (Gebiet Batken) findet eine gemeinsame Übung für Angehörige der kirgisischen und tadschikischen Grenztruppen statt.
14.7.2015	Präsident Atambajew lässt sich bei einem Treffen mit dem Chef des staatlichen Grenzdienstes, Raimberdi Duschsenbijew, über die Lage an den Staatsgrenzen informieren.
14.7.2015	Die Website der Menschenrechtsorganisation Bir Duino wird gehackt, nachdem dort ein Brief an Präsident Atambajew publiziert wurde, in dem die Freilassung des usbekischen Menschenrechtlers Asimschan Askarow gefordert wird.
14.7.2015	Das staatliche Komitee für nationale Sicherheit teilt mit, dass am 9.7. auf dem Flughafen von Osch sieben Männer und drei Begleitpersonen bei dem Versuch via Istanbul nach Syrien auszureisen, verhaftet wurden.
15.7.2015	Der in einem umstrittenen Urteil wegen seiner Beteiligung an den Osch-Ereignissen 2010 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilte usbekische Menschenrechtler Asimschan Askarow wird mit dem Human Rights Defender Award des U.S. State Department ausgezeichnet. Sein Sohn nimmt die jährlich verliehene Auszeichnung stellvertretend in Empfang. Das kirgisische Außenministerium und das Parlament reagieren mit Erklärungen, in denen die Verleihung als Gefahr für den zwischenethnischen Frieden im Land und Belastung der bilateralen Beziehungen bezeichnet wird. Die Regierung droht am 17.7. die Aufkündigung des bilateralen Abkommens über humanitäre Hilfe von 1993 an.



15.7.2015	Das Komitee für nationale Sicherheit meldet die Verhaftung des Parlamentsabgeordneten Chadschimurat Kirkmasow wegen Korruption. Insgesamt soll er 200.000 US-Dollar von der Familie des ebenfalls wegen Korruption zu 11 Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Bürgermeisters von Bischkek, Nariman Tulejew, als Gegenleistung für eine Beeinflussung der Rechtsprechung zu seinen Gunsten bekommen haben.
16.7.2015	In Bischkek kommen am Abend bei einem Anti-Terror-Einsatz der Sicherheitskräfte mit Einsatz von Granaten vier Verdächtige ums Leben, zwei weitere sterben bei einem ähnlichen Einsatz in einem Vorort. Fünf Personen werden verhaftet.

## Tadschikistan

20.6.2015	Mehrere Medien berichten von einer Austrittswelle aus der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) im ganzen Land. An manchen Orten sollen von mehr als 1.500 Mitgliedern nur 30 übrig sein.
22.6.2015	Der Sprecher des Oberhauses des Parlaments, Mahmadsaid Ubaidullojew, empfängt eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Nato unter Leitung des Vorsitzenden ihres Komitees für die zivile Dimension von Sicherheit, Vitalino Canas, zu Gesprächen über einen Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten sowie Fragen der regionalen Sicherheit.
22.6.2015	Der stellvertretende Vorsitzende der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), Machmadali Chait, kündigt vor der Presse an, dass seine Partei aus Protest gegen den Druck auf ihre Mitglieder den Tag der nationalen Einheit am 27.6. boykottieren werde.
22.6.2015	Nach Angaben des Arbeitsministeriums ist die Zahl der Arbeitsmigranten in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 15 % zurückgegangen. Derzeit sollen sich nach offiziellen Angaben 315.000 Tadschiken in Russland befinden.
24.6.2015	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet das neue Gesetz über die Staatsbürgerschaft. Im Unterschied zum Gesetz von 1995 ist der Erwerb der Staatsbürgerschaft darin an die Kenntnis der tadschikischen Sprache gebunden. Tadschiken, die für terroristische Organisationen im Ausland aktiv sind, soll die Staatsbürgerschaft aberkannt werden.
25.6.2015	Nach Angaben von Weltbank und nationaler Statistikagentur ist die Armutsrate (weniger als 2 US-Dollar Einkommen pro Tag) zu Jahresbeginn 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 % auf 32 % gesunken.
25.6.2015	Die Abgeordneten des Stadtparlaments von Kairakkum (Gebiet Sogd) beschließen die Umbenennung der Stadt in Orijokant.
26.6.2015	Während eines Treffens mit Studenten der Agraruniversität in Duschanbe warnt Präsident Emomali Rachmon vor den Gefahren des Extremismus ganz besonders bei Jugendlichen. Nach seinen Worten kämpfen mehr als 300 überwiegend unter 25jährige tadschikische Staatsbürger für den IS, davon 18 Studenten tadschikischer Universitäten.
29.6.2015	Das erste staatliche Fernsehprogramm berichtet ausführlich von einer tadschikischen Frau, die 2012 nach Syrien gegangen war und nun enttäuscht nach einer Möglichkeit zur Rückkehr in ihre Heimat sucht.
30.6.2015	Präsident Rachmon ordnet bei einer Kabinettsitzung die Verstärkung der Grenze zu Afghanistan an.
30.6.2015	Ein Gericht im Bezirk Schachritus (Gebiet Chatlon) verurteilt einen dreißigjährigen Mann wegen der Anwerbung von Kämpfern für den IS zu einer 18jährigen Freiheitsstrafe. Es ist das erste Urteil wegen Werbung für den IS in Tadschikistan.
1.7.2015	Das Außenministerium schreibt den iranischen Geschäftsmann Schoist Gulomirsa zur internationalen Fahndung aus. Der Chef der Baufirma SOB, die für den Bau der größten Moschee Zentralasiens in Duschanbe verantwortlich zeichnet, soll das Land mit unbekanntem Ziel verlassen haben, ohne seinen Mitarbeitern seit Monaten ausstehende Löhne bezahlt und bei Partnerunternehmen Schulden beglichen zu haben.
1.7.2015	Nach Angaben der russischen Nationalbank sind die Rücküberweisungen tadschikischer Arbeitsmigranten in diesem Jahr um 44 % gesunken.
1.7.2015	Das Präsidium der PIWT wendet sich an die Garantiemächte des Friedensabkommens von 1997 (RF, UNO, OSZE, OIC, EU und die Mitgliedsstaaten der Kontaktgruppe für den innertadschikischen Dialog – Afghanistan, Iran, Pakistan, Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan und Usbekistan) mit der Aufforderung, sich in innertadschikische Angelegenheiten einzumischen und von Präsident Rachmon die Beachtung der Verfassung zu fordern. EU und OSZE reagieren mit einer Erklärung, in der sie die Verletzung des im Vertrag von 1997 festgelegten politischen Pluralismus konstatieren.

2.7.2015	Der Chef der Nationalbank, Jamsched Nurmachmadsoda, teilt nach einem Treffen mit dem Vizepräsidenten der chinesischen Entwicklungsbank, Liu Tao, mit, dass das chinesische Finanzinstitut Tadschikistan ein Darlehen von 500 Mio. US-Dollar gewährt.
3.7.2015	Das Verteidigungsministerium führt zur Erhöhung der Kampffähigkeit seiner Armee umfangreiche Manöver mit 30.000 Reservisten durch.
8.7.2015	Tadschikistan und Iran unterzeichnen ein MoU über die Fertigstellung des Istiklol-Straßentunnels (auch als Ansob-Tunnel bekannt) 80 km nordwestlich von Duschanbe, der die Hauptstadt mit Chudschand verbindet. Der mit iranischer Unterstützung umgebaute Tunnel soll im November 2015 eröffnet werden.
8.7.2015	In einer feierlichen Zeremonie werden 80 von den USA bereit gestellte Geländefahrzeuge im Wert von mehr als 5 Mio. US-Dollar an die tadschikischen Grenztruppen, Nationalgarde, Truppen des Innenministeriums und Drogenkontrollagentur übergeben.
9.7.2015	Die Generalstaatsanwaltschaft erklärt, dass die PIWT nicht länger eine registrierte politische Partei sein könne, da diese Mitglieder in der Mehrheit der Gebiete des Landes haben müsste und das nach den jüngsten Massenausritten nicht mehr gegeben sei. Außerdem werden mehrere Führungsmitglieder diverser Verbrechen beschuldigt.
9.7.2015	Asia-Plus meldet, dass die Generalstaatsanwaltschaft in einem weiteren Verfahren gegen den bereits 2013 zu 26 Jahren Haft verurteilten ehemaligen Industrieminister, Geschäftsmann und Gründer der Partei Neues Tadschikistan, Said Saidow, 25 Jahre Haft, 34 Mio. Somoni (ca. 5,4 Mio. US-Dollar) Strafe sowie Konfiszierung seines Eigentums fordert.
10.7.2015	Präsident Rachmon nimmt am SCO-Gipfel im russischen Ufa teil.
13.7.2015	Der indische Premierminister Narendra Modi trifft in Duschanbe ein, wo er mit Präsident Rachmon zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit und Afghanistan zusammentreffen wird. Die tadschikische Seite dementiert Berichte mehrerer Medien, dass Modi die Militärbasis in Aini besichtigen werde.
14.7.2015	Aus der zuständigen Abteilung des Justizministeriums verlautet, dass Parteien in Tadschikistan nur durch Beschluss eines Parteikongresses oder, falls ein strafrechtlich relevantes Vergehen vorliegt, ein Gerichtsurteil geschlossen werden können.
14.7.2015	Der Außenhandelsumsatz Tadschikistans betrug in der ersten Jahreshälfte 2015 2,5 Mrd. US-Dollar und war damit 21,9% niedriger als im Vorjahr, meldet der staatliche Zolldienst. Allerdings konnte erstmals seit vielen Jahren der Aluminiumexport (um 3,6%) gesteigert werden.
15.7.2015	Bei einem Treffen mit der Führung der Stadt Rogun betont Präsident Rachmon die Bedeutung des Baus des Kraftwerkes von Rogun für Entwicklung und Wohlstand des ganzen Landes.
15.7.2015	Der am 20.1.2015 aus Moskau entführte Führer der oppositionellen Organisation Jugend Tadschikistans, Maksud Ibragimow, wurde von einem tadschikischen Gericht zu einer 13jährigen Freiheitsstrafe verurteilt, meldet die Assoziation Menschenrechte in Zentralasien.
16.7.2015	Erst jetzt wird bekannt, dass Präsident Rachmon am 30.6. ein Protokoll unterzeichnet hat, das alle staatlichen Institutionen verpflichtet, Nachrichten nur über die staatlichen Nachrichtenagentur Chowar zu veröffentlichen.

## Turkmenistan

23.6.2015	Das oppositionelle Nachrichtenportal Chronika Turkmenistana meldet, dass seit dem 17.6. die Demontage von Satellitenschüsseln privater Haushalte durch die Behörden in Aschchabad beschleunigt wurde. Am gleichen Tag waren offizielle Delegationen Turkmenistans und der EU zusammengelassen, um über die Menschenrechtslage zu diskutieren.
24.6.2015	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak erklärt während eines Briefings in Moskau, dass sein Land eine Erhöhung der Importquoten für turkmenisches Gas erwäge, sollte dies »wirtschaftlich effektiv« sein.
24.6.2015	Im Zentrum der Stadt Mary wird der erste von in allen Gebieten des Landes geplanten 100 m hohen Fahnenmasten offiziell eingeweiht.
25.6.2015	In Aschchabad erscheinen zwei neue Bücher von Präsident Berdymuchammedow, eines zur turkmenischen Kultur im Allgemeinen und eines zur Sing- und Dichtkunst der Turkmenen.
29.6.2015	Präsident Berdymuchammedow bespricht in einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit. Unterdessen finden im Land zahlreiche Veranstaltungen anlässlich des 58. Geburtstags von Berdymuchammedow statt.

29.6.2015	Präsident Berdymuchammedow empfängt den japanischen Wirtschaftsminister, Daishiro Yamagiwa, zu Gesprächen über den Ausbau der ökonomischen Beziehungen.
29.6.2015	Präsident Berdymuchammedow eröffnet in der Nähe des Dorfes Garlyk (Gebiet Lebap) die mit 1,4 Mio. t Kapazität größte Produktionsanlage für Kalidünger in Zentralasien.
30.6.2015	Im Zentrum Aschchabads eröffnet der 7 ha große, zu Ehren von Präsident Berdymuchammedow benannte Arkadag-Park.
1.7.2015	Der nationale Wetterdienst gibt bekannt, dass der Juni 2015 mit einer Durchschnittstemperatur von mehr als 4 Grad Celsius über dem langjährigen Mittel der heißeste Juni seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1891 war. Der 30.6.2015 war mit 47,2 Grad Höchsttemperatur in Aschchabad zudem der heißeste Junitag seit Beginn der Messungen.
1.7.2015	Ein Gesetz, das eine Liberalisierung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts vorsieht, tritt in Kraft.
2.7.2015	Präsident Berdymuchammedow reist zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Tbilisi, wo er mit seinem georgischen Amtskollegen Georgij Margvelaschwili, Premierminister Irakli Garibaschwili und Parlamentssprecher David Usupaschwili zu Gesprächen über die Zusammenarbeit v.a. im Energiesektor zusammentrifft.
6.7.2015	Chronika Turkmenistana berichtet, dass zwölf tote Soldaten, vier Offiziere und acht Wehrdienstleistende, aus dem Ort Tagtabasar an der turkmenisch-afghanischen Grenze nach Aschchabad gebracht wurden. Über die Todesursache wird nichts bekannt. Seit März werden verstärkt junge Männer zum Wehrdienst eingezogen und dann überwiegend zur Ausbildung nach Kuschka (Gebiet Lebap) nahe der Grenze zu Afghanistan gebracht.
6.7.2015	RFE/RL meldet, dass die Hauptstadt des Gebiets Balkan, Balkanabad, derzeit nur vier Stunden am Tag mit Trinkwasser versorgt wird. In Turkmenistan herrschen derzeit Temperaturen um die 40 Grad Celsius.
7.7.2015	Nach Angaben der Behörden der afghanischen Provinz Farjab wurden allein in den letzten Tagen bei Kämpfen nahe der turkmenischen Grenze 60 Dörfer mit insgesamt 3.000 Bewohnern von Taliban-Kämpfern eingenommen.
7.7.2015	Chronika Turkmenistana meldet, dass die Behörden im Süden Turkmenistans begonnen haben, religiöse Literatur in Persisch und Belutschisch zu konfiszieren.
8.7.2015	Das Öl- und Gasministerium bezichtigt auf seiner Website die russische Gazprom, für die in diesem Jahr von 11 auf 4 Mrd. m <sup>3</sup> gedrosselte Gasmenge noch nicht gezahlt zu haben.
9.7.2015	Präsident Berdymuchammedow nimmt im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung personelle Umbesetzungen der Regierung und der Gebietsverwaltungen vor, u. a. wird Wirtschaftsminister Wepa Abdulchekimow durch den ehemaligen Vorsitzenden des Medschlis-Komitees für Wirtschaftsfragen, Joldasch Scheripow, ersetzt.
13.7.2015	Der indische Premierminister Narendra Modi trifft am Ende seiner Zentralasienreise in Aschchabad ein, wo er mit Präsident Berdymuchammedow vor allem den Stand der Planung bei der TAPI-Gas-Pipeline bespricht.
14.7.2015	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein Dekret über die Begnadigung von 1.061 Häftlingen, darunter zwölf Ausländern.

## Usbekistan

20.6.2015	In einer Sondersendung des ersten staatlichen Fernsehens wird die instabile Situation im Nahen und Mittleren Osten beleuchtet und betont, dass der usbekische Staat die vom IS und dem syrischen Bürgerkrieg ausgehenden Gefahren im Griff habe.
22.6.2015	Usbekische Medien melden, dass das Verteidigungsministerium eine unbekannt Zahl von Airbus C295W Militärtransportflugzeugen gekauft habe. Weder Airbus noch das Ministerium sind zu einer Bestätigung bereit.
22.6.2015	Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet, dass auf usbekisches Ersuchen ein in Russland verhafteter, der Mitgliedschaft in der IMU verdächtiger Mann aus Jekaterinburg nach Usbekistan ausgeliefert wurde.
22.6.2015	Der langjährige Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche Usbekistans, Kornelius Wiebe, stirbt im Alter von 60 Jahren.
22.6.2015	Im Arbeitsministerium findet ein Gespräch mit einer Delegation unter Leitung des Vorsitzenden der südkoreanischen Haushaltskammer, Chin Yong Gon, über eine Erhöhung der Quoten für usbekische Arbeitsmigranten in Südkorea statt. Aktuell sind 15.400 Usbeken in Südkorea beschäftigt.
23.6.2015	Auf der dritten Sitzung der usbekisch-tadschikischen Zwischenregierungscommission in Taschkent wird vor allem über ökonomische Zusammenarbeit und Handel gesprochen.

24.6.2015	Im Bezirk Korakol (Gebiet Buchara) wird ein neuer Grenzübergang nach Turkmenistan feierlich eröffnet. Zugleich wird die vorübergehende Schließung des internationalen Übergangs Chodscheijli wegen Renovierung bis Ende August gemeldet.
25.6.2015	Anlässlich des bevorstehenden Internationalen Anti-Drogen-Tages werden vom Nationalen Sicherheitsdienst beschlagnahmte Drogen (775 kg Opium, 309 kg Marihuana, 133,3 kg Heroin, 93,2 kg Haschisch) öffentlich zerstört.
25.6.2015	Vor der Kommission für Menschenrechte des US-amerikanischen Kongresses findet eine Sitzung zum Thema Menschenrechte in Usbekistan statt, bei der u. a. der ehemalige Unternehmer und Oppositionelle Sandschar Umarow aussagt. Umarow war als Führer der Sonnenkoalition bekannt geworden, 2005 verhaftet und 2009 auf internationalen Druck hin frei gekommen.
25.6.2015	Usbekische Grenzer schießen auf zwei Tadschiken, die unerlaubt bei Andarchan (Gebiet Fergana) die Grenze überschritten haben sollen und sich einer Festnahme widersetzen. Ein Tadschike wird schwer verletzt.
29.6.2015	An der Grenze zur von kirgisischem Territorium umgebenen Exklave Schachimardan kommt es zu einem Schusswechsel, bei dem ein usbekischer Grenzer verletzt wird. Nach kirgisischer Darstellung sind usbekische Grenzer illegal auf kirgisches Territorium vorgedrungen. Nach usbekischer Darstellung hat ein betrunkenen kirgisischer Grenzer Usbeken beleidigt und grundlos auf den usbekischen Grenzkontrollpunkt geschossen.
29.6.2015	Der nationale Sicherheitsdienst erhält im Rahmen einer Regierungsvereinbarung von 2001 über Unterstützung im Kampf gegen Drogen von den USA 20 Amphibienfahrzeuge des Herstellers MAN.
30.6.2015	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass die Arbeiter des usbekisch-amerikanischen Joint Ventures GM in Asaka (Gebiet Andischan) seit zwei Monaten keinen Lohn erhalten haben.
30.6.2015	Der stellvertretende Verteidigungsminister Nurmuhammad Mullabojew trifft in Sankt Petersburg mit seinem russischen Amtskollegen Anatolij Antonow zu Gesprächen über Stand und Entwicklungsperspektiven der militärischen Kooperation zusammen.
1.7.2015	Ein Gericht im russischen Lipezk verurteilt zwei Studenten, die im August 2013 vier usbekische Arbeitsmigranten überfallen, einen getötet und die anderen schwer verletzt hatten, zu Freiheitsstrafen von siebeneinhalb und acht Jahren.
2.7.2015	Die Weltbank bewilligt ein Darlehen in Höhe von 220 Mio. US-Dollar für das regionale Straßenbauprogramm, mit dem bis 2021 insgesamt 300 km Straßen saniert werden sollen, sowie zusätzlich ein weiteres von 105 Mio. US-Dollar für die Sanierung der Kanalisation in Samarkand und Buchara.
6.7.2015	Der indische Premierminister Narendra Modi trifft während seines zweitägigen Besuches in Taschkent mit Präsident Karimow zu Gesprächen vor allem über die ökonomische Zusammenarbeit und den Kampf gegen den Terror zusammen. Beide Seiten vereinbaren eine Verstärkung der Zusammenarbeit.
8.7.2015	In Taschkent beginnt eine mehrtägige Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt und Klimawandel der EU-Zentralasien-Plattform zur Zusammenarbeit im Umwelt und Wasserbereich, an der Vertreter der zuständigen Behörden und Ministerien sowie NGOs aus den Staaten Zentralasiens teilnehmen.
9.7.2015	Bei einer Anhörung vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf bezeichnet der Chef der Verwaltung der usbekischen Generalstaatsanwaltschaft, Islam Dschasimow, die Menschenrechtlage in Usbekistan als befriedigend, Folter sei in der Verfassung verboten, Zwangsarbeit gebe es genauso wenig wie Diskriminierung irgendeiner Art.
9.7.2015	Ein US-Bezirksgericht in New York genehmigt die vom US-Justizministerium beantragte Beschlagnahmung von 300 Mio. US-Dollar auf Konten amerikanischer Banken im Zusammenhang mit Bestechungs- und Geldwäscheworwürfen gegen die russischen Mobilfunkfirmen Vimpelcom und MTS. Die Ermittlungen richten sich gegen Zahlungen an einen nicht namentlich genannten Verwandten von Präsident Karimow zwecks Zugang auf den usbekischen Markt.
10.7.2015	Bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Rande des 15. SCO-Summits im russischen Ufa erörtert Präsident Karimow Fragen der Zukunft der SCO und äußert sich kritisch gegenüber einem Beitritt Indiens und Pakistans. Der chinesische Präsident Xi Jinping betont bei einem Gespräch am gleichen Tag die Bedeutung der ökonomischen Kontakte und sagt ein chinesisches Darlehen über 350 Mio. Yuan (56,36 Mio. US-Dollar) für technische Unterstützung in den Bereichen Gesundheit und Bildung zu.
10.7.2015	Auf dem SCO-Gipfel in Ufa warnt Präsident Karimow vor einer Umwandlung der SCO in ein politisches und militärisches Bündnis.
13.7.2015	Außenminister Abdulus Kamilow empfängt den japanischen Vize-Außenminister Kentaro Sonoura zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
14.7.2015	Der usbekischen Popsängerin Lola Juldaschewa wird wegen ihrer zu freizügigen, nicht der usbekischen Mentalität entsprechenden Bekleidung die Lizenz für öffentliche Auftritte entzogen.

15.7.2015	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Taschkent mit Präsident Karimow und seinem usbekischen Amtskollegen Kamilow zu Gesprächen über Fragen des bilateralen Verhältnisses zusammen.
15.7.2015	Das Ministerium für Außenhandelsbeziehungen teilt mit, dass bei einem Treffen mit der Arabischen Koordinationsgruppe in der vergangenen Woche mehrere arabische Geldgeber Zusagen für die Förderung von sieben Projekten zum Kampf gegen die Austrocknung des Aralsees bzw. dessen Folgen in Höhe von 360 Mio. US-Dollar gegeben haben.
16.7.2015	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass am 13.7. bei einer Explosion in der Goldmine Almalyk im Bezirk Achangaran (Gebiet Taschkent) ca. 25 Bergleute umgekommen sind.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH, vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.

**MANGOLD**  
Consulting



**giz** Deutsche Gesellschaft  
für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2015 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org) • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_CAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN)>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_RAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN)>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <[zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)>

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>>

---

### **Twitter**

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>